

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1930**

116 (19.5.1930)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Bei Nichterhaltung der Anzeigen, bei geschäftlicher Betreibung und bei Ausfall der Druckerei tritt o. Verfallung. Bei Nichterhaltung der Anzeigen, bei geschäftlicher Betreibung und bei Ausfall der Druckerei tritt o. Verfallung. Bei Nichterhaltung der Anzeigen, bei geschäftlicher Betreibung und bei Ausfall der Druckerei tritt o. Verfallung.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober-Jahresbetrag 2.50 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Gaylordstraße 15 Pfennig o. Gehlestraße 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Milieu: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Koenigsstraße 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 116 Karlsruhe, Montag, den 19. Mai 1930 50. Jahrgang

## Der badische Parteitag

Der am Samstag und Sonntag im Drei-König-Saal in Karlsruhe stattgefundene Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Badens darf wohl als eine Fortsetzung der traditionellen sozialdemokratischen Parteitage unserer engeren Heimat bezeichnet werden, wenn auch einzelne Töne mitgeschwungen haben, die zeigen, daß die Partei ganz und gar nicht erstarrt ist, wie manche unserer hämischerweise zu Unrecht behaupten, sondern daß die Erfahrung und gründliches Wissen ergänzt wird durch die Lebendigkeit und überprüfende Aktivität. Der an dieser Stelle des Blattes veröffentlichte ausführliche Bericht des Parteitages läßt erkennen, daß gründliche Ueberlegung frischer Kampfesmut in gleicher Weise in der Sozialdemokratie vertreten sind, in der sich reife Erfahrung und jugendliche Kühnheit in bester Weise ergänzen. Wochentag nachmal die Wogen der Auseinandersetzung lebhaft gehen, so trat doch allseits der Wille zum gegenseitigen Verstehen über alle Kritik an wirtschaftlichem und vermeintlichem Zustand allseits die Erkenntnis, der Sache der Arbeiterklasse, die unter dem Druck der Wirtschaftskrisis und der Arbeitslosigkeit einen verzweifeltsten Kampf führt gegen die Ausbeutung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Ungerechtigkeiten gerade in diesen Tagen dem Proletariat immer wieder eingemurmelt wird.

Die Zielrichtung und Diszipliniertheit der badischen Sozialdemokratie manifestierte sich wohl am charakteristischsten in der weitestgehenden Annahme der vom Parteiauschuß gemachten Beschlüsse über die Zusammenfassung des neuen Landesverbandes und des neuen Parteiauswahles, welche die ununterbrochene Fortsetzung des Kampfes sichern. Auf gleicher Ebene befindet sich die Wahl der Parteitag als Reichstagslandtagsversammlung. Nachdem anstelle des verstorbenen, allgemein bekannten, mit der Geschichte der badischen Sozialdemokratie eng verknüpften Genossen Oskar Ged (Mannheim) der damals gewählten Genossen Ged — Schöpflin — ein Mann, der Genosse Minister Kemme vor nunmehr zwei Jahren trat, hat der Parteitag die bisherigen Mitglieder Abgeordneten auch als Spitzenkandidaten bei den kommenden Reichstagswahlen bestätigt. Als weitere Kandidaten für den Parteitag den Redakteur Gen. Ernst (Mannheim), an vierter Stelle und den bisher auf der Reichsliste stehenden Gen. Dr. Marum (Karlsruhe) an fünfter Stelle, was allerdings von Karlsruhe peinlich empfunden werden muß, nachdem die Karlsruher Kreisversammlung und auch der Karlsruher Sprecher auf dem Parteitag die Platzierung Marums an vierter Stelle forderte. Mehrere muß jedoch, nachdem der Wunsch Karlsruhes nicht erfüllt wurde, Wert darauf gelegt werden, daß Gen. Reichsliste Marum auf die Reichsliste gestellt wird — nicht der Sonderinteressen Karlsruhes wegen, sondern im allgemeinen Interesse der Reichstagsfraktion, die nicht gerade politischen Juristen allzureich gesegnet ist.

Der Aufsatze zu dem im Herbst stattfindenden Gemeindevorstandeswahlkampf an Stelle des durch Krankheit verhinderten Gen. Zimmermann (Mannheim) in einem äußerst inhaltlich und eindringlich die Bedeutung der Gemeindevorstandeswahl führte, Sozial- und kulturpolitische Fragen, Wert einer gelunden Finanzpolitik und die Bedeutung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden betrug und treffliche Bemerkungen zur Wohnungsfrage, Schulfrage und zur Frage der Fürsorge und anderen Problemen der Gemeindevorstandeswahl machte. In einer Entschließung zur Gemeindepolitik forderte die Gemeinde als Grundpfeiler des öffentlichen Lebens und die Sozialdemokratie als stärkster Träger einer demokratischen Gemeindepolitik hervorgehoben. Mögen die bevorstehenden Gemeindevorwahlen durch eine wesentliche Beteiligung der Sozialdemokratie die Möglichkeit der reichsweiter gemeinnütziger Tätigkeit in den Gemeinden schaffen.

Der Bericht der sozialdemokratischen Landesparteiaktion ist formal unter dem Jähren gesundheitsvollen Zusammenbruch des Genossen Abg. Emil Maier (Heidelberg), dem wir von Herzen wie auch dem zuvor erwähnten Gen. Zimmermann (Mannheim) baldige völlige Genesung wünschen. Abg. Genosse Kückerl (Karlsruhe) haben daher das beiderseits nach streng sachlichen Gesichtspunkten abgegebene Referat beendigen. Draufsch trat bei der Besprechung der bad. Regierungsbildung die Angelegenheit der Vergangenes Unrecht beiseitigen Dotationsfrage in die Diskussion. Die Situation zeigte, in die anderen Dingen. Die Darstellung über die Beratungen des Voranschlags bewiesen, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen einen sozialen Aufbau zu dulden gewillt ist. Allgemeinpolitisch wurde die Feststellung des Ministers Gen. Kemme gemacht, daß er habe sich schmale Koalition bilden lassen, es sei dies jedoch ein Nothbehelf, aus dem wir uns lösen würden, sofern die Demokraten zur Einigung kommen. Bei der Debatte zur Landespolitik trat vor allem die Schulfrage und die Notwendigkeit der Bildung der breiten Massen hervor, als Zeichen, welche große

Bedeutung in zunehmendem Maße die Kulturfragen für die Arbeiterschaft gewinnen. Ueber alle Einzelheiten darf jedoch die — dem an dem gleichen Tage in Lahr zu ihrem Parteitag verammelten Demokraten als richtige Antwort zu deutende — Entschließung unseres Parteitages als grundlegend gewertet werden: Der sozialdemokratischen Landesparteiaktion und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wird für ihre Haltung bei der Regierungsbildung und für ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Landespolitik das Vertrauen ausgesprochen und die von den Demokraten und der deutschen Volkspartei gegen die Sozialdemokratie angeführten Angriffe, als ob letztere in der Zweiparteien-Koalition die kulturpolitischen Grundlagen der badischen Politik vernachlässigt, werden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen.

Dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abg. Gen. Dr. Rudolf Breitscheid, muß anerkennend vermerkt werden, daß er trotz seiner starken Ueberlastung in einem nach den verschiedensten Richtungen sich erstreckenden Referat, die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands nach dem Youngplan aus bestorientierter Seite veranschaulichte. Mag man bald diese, bald jene Frage auch anders beurteilen, so wird das Referat gerade dadurch interessant, daß es uns die großen Probleme aus dem Brennpunkt einer Persönlichkeit vorführte, die im Rahmen der Kräfte der Sozialdemokratie für deren Gestaltung in höchstem Maße mitentscheidend ist. Innen- und Außenpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik ließ der ausgezeichnete Redner Revue passieren, dazwischen polemische Bemerkungen streuen: bald an die Adresse der negativ eingestellten Deutschenationalen, bald an die Mittelparteien, welche schon längst die Stunde der Trennung von der Sozialdemokratie hätten für gekommen erachtet wenn die Deutschenationalen Jugenbergs Koalition unfähig gewesen wären, bald an die Adresse des überempfindlichen Zentrums, das den Ton der sozialdemokratischen Presse rügt, ohne dergleichen in eigenen Lager einst und jetzt zu bemerken, bald an die höchste Adresse, um den Bedenken gegen einen zu starken Einfluß der nicht verantwortlichen Umgebung des Reichspräsidenten Ausdruck zu geben und bald schließlich an die Adresse jener extremen Parteien von links und rechts, deren Argumente die Politik des Revolvers und des Messers ist. Einen starken Raum nahm in den Ausführungen des Referenten die Frage der Arbeitslosenverficherung ein, jenes Problem, das in allerstärkstem Maße die Sozialdemokratie beschäftigt, um den Opfern der von uns bekämpften kapitalistischen Wirtschaftsordnung weitgehend zur Seite zu stehen. In innenpolitischer Hinsicht nahm Gen. Breitscheid in eingehender Weise Stellung zu dem Problem der Zoll-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Außenpolitisch richtete er eine Warnung an die Reichsregierung, im Augenblick die ganze Kraft auf die Wiedererlangung des politischen Korridors zu richten oder den außenpolitischen Kurs in der Richtung der Annäherungsversuche Italiens laufen zu lassen — ein Problem, mit dem sich unser Artikel „Umgruppierung Europas“ im Volksfreund vom letzten Samstag, 17. Mai, eingehend befaßt. Bei aller Kritik der heutigen Regierung Brüning-Preußner-Schleier war es jedoch die positive Stellung zum Staat, die den Akzent der Rede gab:

Rein parteipolitisch gibt uns die Opposition mehr Chance als die Regierungsbeteiligung; nur sollen wir uns davor hüten, darin das Gegebene zu sehen und die Opposition zum Selbstzweck werden zu lassen, wenn dieser Staat auch noch nicht unser Staat, die sozialistische Republik ist, so daß der jetzige Zustand nur als Uebergang zu einer neuen Beteiligung an einer neuen Regierung anzusehen ist. Eine zwar kurze, jedoch sehr lebhaft Diskussion um Referat Breitscheid ließ die verschiedenen Strömungen auf der von politischer Intensität erfüllten Tagung hervortreten.

Abschließend ist es noch notwendig, auf die parteiorganisatorisch und agitatorisch eminent wichtigen Geschäftsberichte hinzuweisen, welche die Genossen Reinhold und Düßeldau zur Tätigkeit und Lage unserer Partei gaben. Sie wirkten belebend und anfeuernd durch die Feststellung, daß zu Pessimismus ganz und gar keine Ursache besteht, daß die Partei organisatorisch marschiert und wir fortschreiten, allen Skeptikern und Gegnern zum Trost. In diesem Vortrage kann die Sozialdemokratie nicht aufgehoben werden durch die den Aufstieg der Arbeiterschaft hemmende und zerstörende Zerlegungsarbeit der Kommunisten. Ebenso wenig vermag jedoch auch das hemmungslose, auf die Verwirrung des politischen Kampfes aufgebaute Treiben der Nationalsozialisten, das als unerhörter Volksbetrug die Vorherrschaft der Kapitalistenklasse zu festigen erzielt und die Arbeiterklasse bewußt in ihrem Befreiungskampf zu hemmen droht, der völkerverfreienden Bewegung der Arbeiterschaft auf die Dauer etwas anzuhängen. Mit Recht ruft daher der Parteitag in einer klaren Entschloßung die gesamte Arbeiterklasse in Stadt und Land zu schärfstem Kampf auf gegen die üble Agitationsdemagogie der Nationalsozialisten, in dem wir volksverfälschender Zerlegung der politischen praktischen Arbeit der Sozialdemokratie gegenüberstellen mit dem festen Entschloß, „in allen öffentlichen Körperschaften, Reich, Staat und Gemeinde, den sozialdemokratischen Einfluß zu stärken, um in sachlicher Arbeit die am deutschen Volkstörper durch Krieg und Inflation geschlagenen Wunden zu heilen“.

Was dem Parteitag einen frischen, über gewohntes Schema hinaus lebhafteren Zug gab, das war die stark hervortretende Verbreiterung der Arbeiterschaft, wie sie in den Forderungen sozialer und kultureller Art hervortrat und aus der bedeutsamen Einschätzung der Frauen- und Jugendfrage ersichtlich war. Die Sozialdemokratie rückt sich in ihren weltgeschichtlichen Zielen auf die arbeitende Klasse jeglicher Art, mögen es nun Hand- oder Kopfarbeiter sein, mag die Arbeit hinter dem Schraubstock oder hinter dem Pflug, mit der Feder oder mit dem Ärtel erfolgen, mag es sich um Männer oder Frauen, alt oder jung handeln. Die Sozialdemokratie ist die Partei des arbeitenden Volkes und all ihre Institutionen gelten dem Wohl der breiten Volksmassen. Partei und Presse zu stärken, mit freudiger Begeisterung der Partei zu dienen, ist daher Pflicht der Arbeiterklasse und Voraussetzung weiteren Aufstiegs. In diesem Zeichen werden wir die Sache des demokratischen Sozialismus zum Siege führen — einer Welt von Feinden zum Trost.

## Befehl zur Rheinlandräumung

Lardieus Kommuniqué

Die französische Regierung veröffentlicht folgendes offizielles Kommuniqué:

Nachdem die Reparationskommission in ihrer heutigen Sitzung festgestellt hat, daß alle erforderlichen Bedingungen für die Inkraftsetzung des Youngplans erfüllt sind und daß vor allem Deutschland der internationalen Zahlungsabnahme des Reichs die Saager Abkommen vorgesehene Gesamtzuldenzertifikat auschändigt hat, hat Ministerpräsident Lardieu gemäß den Erklärungen, die die Regierung vor dem Parlament abgegeben hat, den Befehl gegeben, die dritte Rheinlandzone zu räumen.

Die französischen Generale haben sonach in ihrem Kampf gegen die Räumung den kürzeren gezogen. Die deutsch-französische Verständigungsmission hat einen großen Erfolg errungen. Gleichzeitig haben die Beziehungen der Reparationskommission zu Deutschland ein Ende gefunden.

### Früands Europa-Memorandum

Gleichzeitig mit dem Befehl der französischen Regierung zur Rheinlandräumung, hat der französische Außenminister Berland den Regierungen ein Memorandum über die Organisation eines europäischen Staatenbundes überreicht.

Die Denkschrift besteht aus 10 Druckseiten.

Die Notwendigkeit eines föderativen Systems vertraglich festgelegter Solidarität für die rationelle Gestaltung Europas erache sich schon allein aus den Bedingungen für die Sicherheit und das Wohl der Völker Europas. Selbst das Wirken des Völkerbundes könne in Europa auf keine Hindernisse stoßen, wenn der territorialen Zerstückelung nicht bald ein Ausbruch in Gestalt einer Solidarität gegenübergestellt würde, die es ermöglichte, sich endlich der

geographischen Einheit Europas bewußt zu werden und im Rahmen des Völkerbundes eine jener Abmachungen für bestimmte Gebiete zu treffen, die in der Völkerbundsatzung empfohlen sind. Es handele sich keineswegs darum, eine europäische Gruppe außerhalb des Völkerbundes zu schaffen, sondern im Gegenteil darum, die europäischen Interessen unter der Aufsicht und im Geiste des Völkerbundes miteinander in Einklang zu bringen. Die Bewirkung einer europäischen Bundesorganisation würde sich stets an den Völkerbund anschließen. Es gibt tatsächlich gewisse Fragen, so heißt es in dem Memorandum weiter, die Europa besonders angehen und in denen die europäischen Staaten das Bedürfnis nach einem geordneten und direkten Vorgehen im Interesse des Friedens selbst empfinden können.

Als repräsentatives und verantwortliches Organ wird die Einrichtung einer „europäischen Konferenz“ vorgeschlagen, die aus Vertretern aller europäischen Völkerbundsstaaten bestehen soll. Zur Vermeidung jedes Uebergewichtes müßte der Vorsitzende dieser Konferenz jährlich wechseln. Weiter wird ein Vollzugsprogramm in Gestalt eines föderativen politischen Ausschusses vorgeschlagen. Der Ausschub müßte in Genf tagen, wo seine ordentlichen Sitzungsperioden mit denen des Völkerbundesrates zusammenfallen könnten. Auch sein Vorhik soll der Reihe nach geführt werden.

Zur verwaltungsstechnischen Vorbereitung der Tagungen wird in dem Memorandum ein Sekretariat vorgeschlagen, das anfangs der jeweils vorstehenden Regierung übertragen werden könnte, später als ständiges Sekretariat errichtet werden müßte.

Zweck des politischen Zusammenwirkens sei ein Bund auf der Grundlage der Einigung, nicht der Einheit, d. h. er müsse elastisch genug sein, um die Unabhängigkeit jedem Staat zu wahren, aber allen den Vorteil kollektiver Solidarität gewähre. Endzweck der wirtschaftlichen Organisation sei die gegenseitige Annäherung der europäischen Volkswirtschaften unter der politischen Verantwortung der föderativen Regierung.

# Codesurteil und Freispruch

## Das Urteil im Giftmordprozess Werner

Im Karlsruhe, 17. Mai. Am heutigen letzten Verhandlungstag im Mordprozess Werner-Märkte wurde als letzter Zeuge der auf Antrag des Verteidigers Witt geladene Bekleidungsbesitzer Kohnmann vernommen. Er bestätigte unter Eid, daß die auf dem Sektionsstisch gelegene Leiche diejenige der Frau Werner war.

Es folgte sodann die Verlesung der Protokolle über die Aussagen der getrennt kommissarisch vernommenen Zeugen Eheleute Kohnmann in Bruchsal, Frau Minniger und Frau Minniger Witwe in Gumbelstingen. Kohnmann war bis 1. September 1927 bei der hiesigen Kriminalpolizei tätig. Von den Beziehungen der Märkte zu Werner erfuhr er erst nach deren Verhaftung. Am Darlegen hatte ihn Werner nicht angegangen. Die Märkte hat er erkannt und auch Spaziergänge mit ihr unternommen. Sie hat ihn auch in Bruchsal aufgesucht. Von den anonymen Briefen wußte der Zeuge Kohnmann, auch seine Frau hatte solche erhalten. Mit den anonymen Schreiben hat er nichts zu tun, er kennt auch nicht den Schreiber oder Absender der Briefe. Der Zeuge gab an, daß die Märkte eine leichtgängliche Frau sei. Ihm hatte sie erklärt, daß sie mit ihrem Mann aufstände.

Die Zeugin Ehefrau Kohnmann hat von den anonymen Briefen erstmals durch Briefe Werners in Gumbelstingen im Februar 1928 erfahren. Auch sie hat mit den Briefen nichts zu tun. In den Briefen, — sie hat auch solche erhalten —, wurde Kriminalkommissar Hartmann intimer Beziehungen zu der Zeugin bezeugt. Demals vermutete man in Kriminalsekretär Oppenländer den Briefschreiber.

Es folgte sodann die Verlesung von Auszügen eines Straßenbahn-Schaffners. Am Juni 1929 hatte er ein Gespräch mit Werner, in dessen Verlauf dieser ihm sagte, er wolle Karlsruhe verlassen, weil seine Frau schreien würde. Ueber die Verhaftung Werners war der Zeuge sprachlos. Werner hatte ihm öfter über die Krankheit seiner Frau gesprochen und den Wunsch ausgedrückt, daß sie wieder gesund werden möchte. Nach ihrem Tode hätte er gekammert und gesagt, wenn er nur seine Frau wieder hätte, das sei so seine Haushaltung für ihn.

Die Mutter der Angeklagten, Frau Minniger Witwe in Gumbelstingen, verweigert das Zeugnis.

Die Schwester der Angeklagten, Frau Minniger, schildert die Besuche Werners in Gumbelstingen. Nach dem Tode seiner Frau gab er Durchfall und Erbrechen als Todesursache an; es wies auch darauf hin, daß sie gekrankelt hätte. Die Zeugin wußte von früher her, daß es eine schwache Seite der Märkte war, mit verschiedenen Männern anzubandeln. Der Ehemann Märkte schrieb in einem Briefe, seit dem Tode der Frau Werner würde seine Frau nicht mehr zur Arbeit gehen, vernachlässige die Kinder und gehe nachmittags in den Sonntagsgärten mit Werner spazieren. Wegen des Todes der Frau Werner stand nichts weiter in dem Briefe. Werner sagte zu der Zeugin, sie möchte der Märkte zurechen, daß sie zu ihm habe. Er sei sehr unruhig. Wegen der Frau Märkte habe er schon ganze Nächte geweint; sie wußte, warum. Werner gab davon Mitteilung, daß die Leiche seiner Frau ausgegraben worden sei. Einmal hatte sich die Märkte ausgesprochen: „Jetzt würde sie alles verraten.“ Wegen ihres Verhältnisses mit Werner hat man die Märkte gewöhnen lassen; sie sei all gemein und wisse, was sie zu tun habe. Die Märkte war nicht hochaltäglich veranlagt und kam mit ihrem Gatte nicht aus. Zu Werner habe die Märkte auch einmal gesagt: „Ja, Karl, Georg ist doch mein Mann.“ Werner antwortete darauf, wenn sie wieder zu ihrem Mann gehe, liebe er nicht mehr lange und werde kein Kind mitnehmen. Die Märkte ließ die Bemerkung fallen, wenn sie ein Wort sage, würde Werner im Zuchthaus sitzen. Werner hatte immer Angst gehabt, die Märkte würde ihn verraten. Die Zeugin hatte den Eindruck, daß zwischen beiden noch etwas stehe. Werner hatte auch Selbstmordgedanken geäußert, er wolle sich auf die Schienen legen. Nach Karlsruhe wollte er nicht mehr zurückkehren.

Im Ofen der Frau Märkte wurden Liebesbriefchen gefunden, u. a. einen Liebesbrief an Werner vom 26. Mai. Aus dem Inhalt dieser Briefe ist zu entnehmen, daß die Märkte öfters vernarrt in ihn war, ein Liebestaumel vorgelesen haben mußte, wie allein schon die Anreden erkennen lassen: „Geliebte Seele, innigst geliebter Papa, mein Einsiger, innigst treu Geliebter, geliebtes Herz usw.“ Sie hat sich dann darüber geäußert und die Briefe, weil sie ihr zu überflüssig waren, nicht abgeholt. Sie hatte das Gefühl, das ist doch etwas zu viel.

Mit der Verlesung einiger Stellen aus diesen Briefauszügen findet die Beweisaufnahme ihren Abschluß.

Darauf erteilt der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, dem ersten Staatsanwalt Dr. Heiser zur Begründung der Vorladung des Wort. Der Anklagenvertreter wies zunächst darauf hin, bei der Beirung der Vorgeschichte des Prozesses sei es gleichgefallen, daß der Angeklagte erst verhaftet wurde in dem Augenblick, als durch die Sachverständigen festgestellt war, daß sich in der Leiche der Frau Werner Gift befand und als die Erhebungen ergeben hatten, daß Frau Märkte kurze Tage vorher Arsen besessen hat. Ich schide das voraus nicht deshalb, weil ich das Bedürfnis und die Pflicht habe, mich zu rechtfertigen. Sie mögen das für richtig oder falsch halten — Sie werden sehen, daß es der Staatsanwaltschaft ferneliegen hat, vorzuziehen gegen die Angeklagten zu sein. Es ist auch nur so natürlich und menschlich verständlich, daß es für mich, der ich acht volle Jahre im innigsten Vertrauensverhältnis mit dem Angeklagten Werner zu arbeiten hatte, einfach unmöglich war, zu glauben, daß ich diesen Mann, den ich nur als pflichterfüllen Beamten kannte, wegen eines derartigen Verbrechens hier sehen würde. Ich hoffte, hartnäckig und betete, es möge die Voruntersuchung nach irgendeiner Richtung noch eine Klärung, daß das nicht sein kann und nicht sein dürfte, bringen. Ich habe mit größter Objektivität das ganze Material gesichtet und war bemüht, irgendwelche Punkte die zugunsten des Angeklagten sprechen, herauszufinden.

In meiner Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten ist nicht mehr der geringste Zweifel. Diese Ueberzeugung ist nicht das Produkt einer Stimmung, sondern das Ergebnis monatelanger ernster Prüfung. Meine Herren Richter! Bei Ihrem Urteil müssen Sie ausgehen von den Tatsachen, die unbedingt zweifelsfrei festgestellt sind. Die Frau Märkte hat am 1. Mai 1929 um die Mittagszeit 20 Gramm Arsen gekauft. Es steht weiter zweifelsfrei fest, daß dieses Arsen noch am gleichen Tage in den Besitz des Angeklagten Werner gekommen ist. Es steht fest, daß am 3. Mai, knapp zwei Tage nach dieser Giftbeschaffung die Frau Werner erkrankte und sie starb in der Frühe des 7. Mai, und es steht endlich fest, daß die Todesursache der Frau Werner Arsenvergiftung war. In den wenigen Versuchsstellen, die zur Untersuchung kamen, fanden sich allein 0,16 Gramm, also schon das Quantum, das zur Tötung eines Menschen ausreicht. Der Anklagenvertreter verweist hierbei auf die Untersuchungsergebnisse und Folgerungen der Sachverständigen. Die Glaubwürdigkeit der Frau Märkte wird wenig günstig beurteilt. Wenn man ihren Lügen auf den Grund geht, so stellt sich heraus, daß sie das auf Zug und Trug aufgebauete ebebrecherische Verhältnis mit Werner vor ihrem Manne, aber auch vor der Kriminalpolizei und der Frau Werner gegenüber geheimhalten mußte. Man kann nicht annehmen, daß sie in dem Prozeß, wo es sich um das Leben des Angeklagten Werner handelt, ein Interesse daran habe, die Unwahrheit zu sprechen. Ihre eigene Lage wird durch die Lüge nicht verbessert. Wenn Sie die Glaubwürdigkeit der beiden Angeklagten gegeneinander abwägen, dann müssen Sie angeben, daß die Glaubwürdigkeit der Märkte höher zu bewerten ist, als die des Angeklagten Werner. Er hat der Märkte die Aussagen für die Beschaffung des Giftes bezeugt. Dafür, daß es in der Tatgeberstern, in der Wohnung Werners und im Keller der Kriminalpolizei hatten nicht, dafür fehlen die Anhaltspunkte. Die vermutete Schilderung Werners trage den Stempel der Unwahrscheinlichkeit; es hatte ihn nichts gebindert und es war

keine Pflicht, seiner Frau das Gift abzunehmen. Er sprach von Selbstmordgedanken seiner Frau, von denen kein Mensch wußte. Die Krankheitserscheinungen der Frau Werner waren die typischen einer Arsenvergiftung. Es mag richtig sein, daß Frau Werner zunächst nichts von Verzeihen wußte. Samstags, nachts 11 Uhr, wurde der Arzt geholt; schon um die Mittagszeit erkrankte Frau Märkte. Die Frau Werner ist krank und muß sterben.“ Er hat die Sektion der Leiche, zu der ihm der Arzt angeraten hatte, abgelehnt; er hätte die Leiche, da es sich um einen gewaltsamen Todesfall handelt, amtlich sezieren lassen können, das hätte den Angeklagten nichts gekostet. Gegen Selbstmord spricht das Verhalten der Frau Werner bei ihrer Enttarnung. Sie hätte im Falle eines Selbstmordes ihrem Rinde, an dem sie hing, oder ihrer Schwester, mit der sie auf stand, eine Nachricht zukommen lassen können. Frau Märkte hatte kein Interesse daran, den Angeklagten zu belasten. Das von ihr wiedergegebene Geständnis ist glaubhaft. Die Ehe mit seiner Frau, zu der der letzte Punkt Liebe erloschen war, war für Werner, wie er selbst sagte, ein Hölleleben. Er schrieb Briefe an Frau Märkte, von denen man nicht annehmen sollte, daß sie von einem 43jährigen geschrieben sind. Die Ursache von Werners Verdrüssung ist noch in Dunkel gehüllt. Bezeichnend ist das Verhalten des Angeklagten nach dem Tode seiner Frau: Er verbot der Minniger, die Märkte unter Leute zu lassen, da sie schwänzte. In den letzten Tagen vor seiner Verhaftung in Gumbelstingen konnte er keine Ruhe mehr finden: „Das Geheimnis verfolgt mich. Ich kann nicht mehr schlafen, nicht mehr arbeiten, nicht mehr denken.“ Der Anklagenvertreter begründete im weiteren Verlauf seines weitläufigen Plädoyers eingehend die Vorladung durch die Würdigung der Ergebnisse der Beweisaufnahme und kommt zu dem Schluß: Nach allem dem können Sie keinen Zweifel haben an der Schuld der Angeklagten. „Ich beantrage gegen beide Angeklagte wegen Verdes die Todesstrafe und den Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte.“

Der Verteidiger des Angeklagten Werner, Rechtsanwalt Hoffmann, erörterte in seinem Plädoyer zunächst die Frage, ob Mord oder Totschlag vorliege. Er verneinte die Frage nach der Ueberzeugung des Angeklagten. Er wies auf die Verfassung des Angeklagten hin, die er als geistig und seelisch verfassunglos an nicht in der Lage war, mit Ueberlegung handeln zu können. Auch die Tatumstände und die Auslassung des Angeklagten spreche dagegen, daß er Ueberlegung gehabt hat. Der Verteidiger vertritt die Ueberzeugung, daß Werner minderbegabt ist. Seine Beförderung zum Kriminalkommissar stelle einen Mißgriff dar. Seine Karriere entspreche nicht seinen Leistungen. Ihm fehlte die geistige Qualifikation zum Kriminalkommissar. Werner war der Frau Märkte völlig verfallen. Diese menschliche Tragödie, die sich hier abspielte, sei eine Sexualtrafodie. Werner habe in einem Sühnheitsverhältnis zu Mitangeklagten gestanden. Wenn einer von denen, die es wußten, aufzustehen wäre und hätte das Netz der Verdrüssung zwischen Werner und der Märkte zerrissen, vielleicht wäre diese Katastrophe vermieden worden. Die Schuldlosigkeit des Angeklagten spreche dafür, mit welcher Kopfschüttelung der Angeklagte mit sich imfand, husschuldenhaft ein Geheimnis der Angeklagten mit sich zu bringen, was sich einmal mit der Märkte eingelassen habe, komme nicht mehr von ihr los. Die Täterschaft des Angeklagten Werner ist durch die eingehende Verhandlung vor dem Schwurgericht nicht in einer Weise erwiesen, daß die letzten Zweifel so beseitigt wären, daß ein Urteil getragen sein könnte von der vollen Ueberzeugung, daß der unmittelbare Täter, der selbst Hand angelegt hat an seine Frau, der Angeklagte Werner war. Werner habe es wahrscheinlich gar nicht gewollt, daß auf dem amtlichen Wege eine Giftbeschaffung erfolgte. Hauptbelastungsmoment bildet das Geständnis der Märkte. Dieses ist unwahr. Der Verteidiger vertritt die Ansicht, daß Werner die Märkte durch das furchtbare Geständnis eines Verbrechens an sich hatte fetten wollen. Der äußere Verlauf der Krankheit der Frau Werner ist nicht in Einklang zu bringen mit diesem Geständnis. Professor Schwarzacher sagte, es sei anormal, wenn morgens vor 8 Uhr das Gift in den Frühstücksfaktas gebracht werde, die Krankheitserscheinungen erst nach dem Mittagessen auftraten. Nach dem Geständnis hat die Märkte verdrüssung, ihren eigenen Ansehen größeres Nachdruck zu verleihen. Der Beweis, daß sich Werner gewissermaßen habe, seine Frau ins Krankenhaus zu verbringen, ist durch die Zeugin Eilendorff nicht erbracht. Die These vom Selbstmord ist nicht widerlegt. Die Verhandlung habe nicht vermocht, das letzte Geheimnis des Ehelebens Werners und des Geheimnis der Sterbestunde zu enthüllen. Das Werner immerhin den Tod seiner Frau gemüßigt haben mag, das kann möglich sein, aber wir haben keinen Beweis dafür, daß er von diesem verdamnenswerten Wunsch getrieben den letzten Schritt über den Abgrund getan und Hand an seine Frau gelegt hat. Da begründete Zweifel an der Schuld Werners vorhanden seien, hat der Verteidiger den Gerichtshof um Freispruch beantragt.

Der Verteidiger der Märkte, Rechtsanwalt Witt, kennzeichnet den Fall, der sich vor dem Schwurgericht abspielte, als erschütternd. Die Angeklagte Märkte habe ein gerüttelt Maß von Schuld auf sich geladen, eine moralische Schuld, die sie sicher bis an ihr Lebensende mit sich trägt. Sie ist der Verführung zum Opfer gefallen und hat keine Hemmungen gehabt. Es seien zahlreiche Milderungsgründe zugunsten der Angeklagten Märkte vorhanden, die zum Ausbeugungsobjekt der Männer geworden sei. Der heutige Sittenverfall habe auch auf die unteren Schichten übergriffen. Die moralische Schuld der Angeklagten sei jedoch nicht mit der rechtlichen zu verwechseln. Der Mittäterschaft des Mordes habe sie sich nicht schuldig gemacht; sie habe die Tat nicht als ihre eigene gewollt. Die Beteiligung der Frau Märkte ist vielleicht nur Beihilfe. Der Verteidiger verweist auf Fehlerquellen bei der Beweiserhebung. Ein Fehler liege darin, daß man jetzt rückwärts konstruiert. Er hält es für ausgeschlossen, daß ein Kriminalkommissar, der einen Mord begehen will, zu einer gefährlichen Fustung geht und sagt: „Bitte, besorge mir Arsen.“ Die Märkte wollte mit der Beförderung des Arsen den Beweis ihrer Liebe erbringen. Erst als sie von der Gefährlichkeit des Giftes Kenntnis hatte, äußerte sie Bedenken, die von Werner serretzt wurden. Die Frau hat dann nachgesehen, daß mit dem Gift nichts passiert. Sehn oder zwölf Leuten hat sie von dem Arsen gesprochen. Wenn zwei einen Mord begehen wollen, dann werden sie es doch niemand sagen. Als sie die Rollen in der Sage legte, handelte es sich nicht um die abgedruckte Geste einer schamlosen Mörderin. Sie stand vor dem Sorg und fragte sich, ich möchte wissen was ihr gefehlt hat. Es sind starke Zweifel an der Schuld der Angeklagten Märkte vorhanden. Die Beweiserhebung sei lüdenhaft. Der Verteidiger warnte vor einem Justizmord. Er beantragte Freisprechung der Angeklagten Märkte.

Nach kurzen Repliken richtet der Vorsitzende an die Angeklagten die Frage, ob sie noch etwas zu sagen haben. Beide Angeklagten antworteten, sie hätten keine Erklärung mehr abzugeben. Um zwei Uhr zog sich das Gericht zur Urteilsberatung, die mindestens zwei Stunden dauern wird, zurück.

Im Karlsruhe, 17. Mai. Gegen Nachmittag wurde der Andrang des Publikums auf den Straßen um das Gerichtsgebäude und im Gerichtssaal unehener. Unter atemloser Spannung des Publikums verhandelte der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, nach 2 1/2stündiger Beratung um 1/2 Uhr folgendes Urteil:

Der Angeklagte Werner wird wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf Lebenszeit aberkannt. Die Angeklagte Luise Märkte geb. Mathis wird von der erhobenen Anklage freigesprochen. (Bewegung und Lärm im Publikum.) Die Kosten des Verfahrens hat die Angeklagte Werner zu tragen, die durch das Verfahren gegen die Märkte entstandenen Sonderkosten hat die Staatskasse zu tragen. Der Vorsitzende gab dann folgende

Urteilsbegründung: Der § 211 des Strafgesetzbuches sagt: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Ueberlegung begangen hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.“ Die Frage, ob die das Schwurgericht zu beantwortende, aufgrund dieser feststehenden Bestimmungen waren:

1. Hat der Angeklagte seine Frau getötet?
2. Hat er sie vorsätzlich getötet?
3. Hat er mit oder ohne Ueberlegung getötet?

Das Schwurgericht hat aufgrund der Angaben der Zeugen der Angeklagten und aufgrund des Gutachtens der Sachverständigen die volle Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte Werner seine Frau vergiftet, also getötet hat. Der Angeklagte bestritt die Tat. Er ist derselben aber überführt. Seine Darstellung, wie Frau Werner sein Leben gekommen sein soll, ist durch das Ergebnis der Verhandlung widerlegt. Der Angeklagte behauptet, seine finanziellen Verhältnisse hätten sich verschlechtert, seine finanzielle finanzielle Verhältnisse hätten sich verschlechtert. In der Tat wurde er von seiner Seite schon seit Jahren ein Hölleleben geführt. Auch wenn er, was er zu Beginn der Untersuchung an dem bestritten hat, mit der Märkte ein Verhältnis gehabt hat, so diener mit Leib und Seele erkrankt gewesen sei, hätte ihn das dazu führen können, die schwere Tat zu begehen. Diese Ueberzeugung des Angeklagten ist nach Ansicht des Schwurgerichts unannehmlich. Das Gericht ist aufgrund des Verhandlungsergebnisses der erschütterlichen Ueberzeugung, daß der Angeklagte seine Frau getötet hat, wie also getötet hat. Zu dieser Ueberzeugung ist das Gericht gekommen nicht nur durch die Aussagen der Märkte, sondern auch durch die Angaben der Angeklagten. Das Gericht ist über die Angaben der Frau Märkte mit logischer Folgerichtigkeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Angeklagten Märkte im Kernpunkt der Wahrheit entpochen; denn die Darstellung, die uns der Angeklagte über die Art und Weise gibt, wie seine Frau zu dem Gift gelangt sei, ist derart phantastisch, daß sie auch von dem Angeklagten nicht glaubhaft werden kann. Seine Darstellung, daß seine Frau wiederholt gefahren habe, ihm das Gift in Flaschen mit Gift wieder zu geben, ist ungläubhaft, daß man sich wundern würde, wenn die Angeklagte als alter Kriminalbeamter es wagt, dem Gericht auszumalen, etwas derartiges zu glauben.

Warum hat der Angeklagte dem Arzt von dem Gift nichts erzählt, das wäre doch das erste gewesen? Warum hat der Angeklagte sich dem Verlangen, seine Frau ins Krankenhaus auszusenden, wenn man weiter nachdenkt, daß der Angeklagte über die Art und Weise nicht, wie seine Frau zu dem Gift gelangt sei, ist derart phantastisch, daß sie auch von dem Angeklagten nicht glaubhaft werden kann. Seine Darstellung, daß seine Frau wiederholt gefahren habe, ihm das Gift in Flaschen mit Gift wieder zu geben, ist ungläubhaft, daß man sich wundern würde, wenn die Angeklagte als alter Kriminalbeamter es wagt, dem Gericht auszumalen, etwas derartiges zu glauben. Warum hat der Angeklagte dem Arzt von dem Gift nichts erzählt, das wäre doch das erste gewesen? Warum hat der Angeklagte sich dem Verlangen, seine Frau ins Krankenhaus auszusenden, wenn man weiter nachdenkt, daß der Angeklagte über die Art und Weise nicht, wie seine Frau zu dem Gift gelangt sei, ist derart phantastisch, daß sie auch von dem Angeklagten nicht glaubhaft werden kann. Seine Darstellung, daß seine Frau wiederholt gefahren habe, ihm das Gift in Flaschen mit Gift wieder zu geben, ist ungläubhaft, daß man sich wundern würde, wenn die Angeklagte als alter Kriminalbeamter es wagt, dem Gericht auszumalen, etwas derartiges zu glauben.

Bei jeder Straftat fragt man nach dem Motiv.

Was war nun das Motiv —

Ich gebe zu, daß diese Frage nicht ganz einfach und nicht leicht zu einfach zu beurteilen ist, wie das die Staatsanwaltschaft getan hat. Man könnte hier die und jene Antwort bringen, die man zweifellos hätte, oder deshalb die Frau uns Leben gelassen hat, weil er die Märkte heiraten wollte. Man könnte daran denken, daß er trotz Mordart und Ergebenheit doch nicht an den Beirat mit ihr dachte. Der Angeklagte hat gesagt, daß er nach dem Tode seiner Frau ihr erstliche Beiratsschichten hätte haben. Man könnte deshalb der Auffassung sein, daß er ihr erstliche Beirat verdrüssung, nachdem er ihr die Tat anvertraut hat, und so sich erfüllt in der Hand der Märkte wußte. Man kann wie dem wollte: Jedenfalls war er seiner Frau überdrüssig, daß sie ihm das Gift abgab. Der Angeklagte hat also nach der Ueberzeugung des Gerichts seine Frau getötet und er hat es vorsätzlich, d. h. bewußt, getötet. Der Vorfall könnte nur dann als ein Verbrechen angesehen werden, wenn er die Tat bei Bewußtlosigkeit oder in hafter Störung der Geistestätigkeit begangen hätte. In dem Zustande hat der Angeklagte nicht gehandelt, davon ist das Schwurgericht überzeugt, das hat uns der Sachverständige dargelegt und der Angeklagte selbst und sein Verteidiger haben das nicht geleugnet.

Der Angeklagte hat die Tat auch mit Ueberlegung ausgeführt. Es war keine Augenblistat, begangen im Affekt. Totschlag. Es war vielmehr eine von langer Hand vorbereitete raffiniert durchdachte, nach allen Möglichkeiten ermogene Tat, war ein kalter Mord und für diesen Mord kennt unser Strafgesetz nur die Todesstrafe, indem es von der Auffassung ausgeht, daß der Angeklagte, der einen Mord begehen will, sein Leben nicht verdrüssung, wie das Geleit des Angeklagten ist, — eine andere Strafe kommt nicht in Betracht. —

Was nun die Angeklagte Märkte anlangt, so bestritt sie ihre zur Tat gelegte Tat. Es ist ihr gemeinschaftlich verdrüssung, er hat sie nach Auffassung des Gerichts nicht bestraft, weil er hat sich selbst bestraft. Sie behauptet, nicht gewußt zu haben, daß Werner sich von ihr das Gift beschaffen wollte. Vor dem Tode der Frau Werner habe sie darüber keine Klarheit gehabt. Dem Tode der Frau Werner habe sie dies von dem Mitangeklagten Märkte der Wahrheit entspricht — wir wissen es nicht (Werner im Publikum). Wir haben alles erwogen, was im Laufe der Hauptverhandlung für und wider sie festgelegt worden ist, und haben das, was gegen sie festgelegt werden konnte, nach allen Seiten hin geprüft und sind dabei, da greifbare, abiotat, keine Beteiligung an der Tat des Angeklagten Werner nicht nachgewiesen ist. Man mußte so

manags ausreichenden Beweises in tatsächlicher Beziehung zu ihrer Freisprechung gelangen, dem — das soll nicht verkannt und ausdrücklich bezeugt werden — doch eine Reihe von schwerwiegenden Verdachtsgründen vorliegen. Eine moralische Schuld an dem Tode der Frau Werner hat die Angeklagte Märkte ohne Frage. Auch sie ist mittäterschaft an dem Mord beteiligt. Auch sie kann von einer moralischen Schuld nicht freigesprochen werden, sondern moralisch ist sie verurteilt.

Werner sank während der Urteilsverkündung in sich zusammen und meinte unauffällig. Eine Erklärung gab er nicht mehr ab. Schöne weiße Zähne. Auch ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine Anerkennung und volle Zufriedenheit über die „Chlorodont-Zahnpasta“ zu sagen. Ich gebrauche „Chlorodont“ schon seit Jahren und ich kann Ihnen sagen, daß ich mich nicht überreden lassen möchte, auf meine schönen weißen Zähne zu verzichten, die ich letzten Jahres durch den täglichen Gebrauch Ihrer „Chlorodont-Zahnpasta“ erreicht habe. G. Schwere, Amt Wernberg, Saalkreis. — Chlorodont: Zahnpasta, die besten, Mundwasser Einzelpreis 1 Mk. bei höchster Qualität. Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.



Einkommensteuersatz, wie er von bürgerlicher Seite geplant ist, können wir uns nicht befehlen. Es gibt 44,7 Prozent Einkommensteuerschuldige, die unter 1200 M. Einkommen haben. Auch gegen die Kopfsteuer, wie sie vorgeschlagen ist, müssen wir uns entschieden wenden.

Der Finanzminister gewisser kleiner und mittlerer Gemeinden kann nur geboten werden, wenn vom Staate aus ein Ausgleichsfonds für diese Gemeinden geschaffen wird. Redner streifte jedoch das neue badische Finanzausgleichsgesetz und bemerkte, daß wenn die Einkommenssteuer geändert werden, auch die Gemeinden davon betroffen werden. Die Einnahmen auf Grund des neuen Finanzgesetzes sind für die Gemeinden sehr problematischer Natur. Die außerordentliche Not des badischen Landes ist sehr zu bedauern, aber auch die Gemeinden leiden sehr unter der Not, sie wissen oft nicht, wie sie ihre dringenden Verpflichtungen erfüllen können. Es wirkt sich diese Not auch in wirtschaftlicher Beziehung aus. Die Gemeinden sind gezwungen, sich auf den Weg der Anleihen zu begeben. Die Schulden der deutschen Gemeinden belaufen sich auf 5774 Millionen Mark. Die hohe Summe der im Ausland aufgenommenen Anleihen zeigt, daß die Beratungskommission so bald wie möglich verschwinden muß und auch auf diesem Gebiete die Selbstverwaltung der Gemeinden einzuleiten hat. Die Gemeinden können durch ihre Organisation ein gewisses Kontrollrecht ausüben. Die schädliche Politik der Abwertung der ausländischen Anleihen war geradezu eine verdröhnliche. Aufträge für die private Wirtschaft können nicht mehr in dem Maße erteilt werden, wie es bisher der Fall war. Aber Staaten kann nicht unter allen Umständen als wirtschaftlich bezeichnet werden.

Die Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden

haben schon seit Jahren im Brennpunkt der Kritik der privaten Wirtschaft. Unseren Gemeindevertretern ist es zu verdanken, daß die Wirtschaftsbetriebe auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus geleitet werden. Das soziale Moment muß die notwendige Berücksichtigung erfahren, die Betriebe müssen sich selbst erhalten und erneuern. Die Tarife haben eine soziale Gestaltung zu erfahren. Schon 1925 haben die Gemeinden 8 Prozent ihres Steuerbedarfs aus den Einnahmen der Gemeindebetriebe gedeckt, im Jahre 1928 die Städte über 50 000 Einwohner sogar 17,8 Prozent und die Gemeinden über 200 000 Einwohner sogar 19,3 Prozent. Die Herren, die so gern die Besteuerung der Gemeindebetriebe fordern, sollten doch bedenken, daß diese Steuer auch wieder aufgehoben werden muß.

Eine gesunde Grund- und Bodenpolitik ist für die Gemeinden erst recht erforderlich. Die Wertminderungssteuer muß als eine wertvolle Maßnahme gegen den Grund- und Bodenwucher bezeichnet werden. Vor dem Kriege ist in dieser Beziehung von bürgerlicher Seite schwer gearbeitet worden. Die Sozialdemokratie hat das Verdienst, gerade hier einen neuen Geist in die Gemeinde gebracht zu haben.

Die Wohnungsfrage

hat eine außerordentliche Bedeutung in der Gemeindepolitik. Die Wohnungsfrage ist eine Mietpreisfrage, denn die meisten Arbeiter, Angestellten und Beamten können die Miete für Neubauwohnungen nicht bezahlen. Die Mittel aus der Gebäudebesondersteuer sind zu spät verbilligt worden, die Tilgungsquoten und der Zins sollten herabgesetzt werden, um billigere Wohnungen bauen zu können. Mit dem Kleinwohnungsbaue wird man die Miete nicht herabsetzen können, unter 40 Quadratmeter Wohnfläche sollte man nicht gehen. Die Bedeutung des Straßenbaus und der Straßenunterhaltung ist heute viel größer als vor dem Kriege. Die Gemeinden sind viel mehr belastet mit den Straßenkosten als früher. Die Lösung der Frage durch den Landtag ist eine Überwachungsmaßnahme. Die zentrale Verwaltung der Straßen und Wege, wie sie vom Staatspräsidenten gefordert wird, kann nützlich sein. Von großer Wichtigkeit für die Gemeinden ist die Anhebung von Industrie, sowie die Schullehre. Erreicht man den Ausbau von Industrie, so wird die Volksschule einen weiteren Ausbau erfahren. Die Mittel- und höheren Schulen können aber eingeschränkt werden und das Berechtigungsweisen muß verschärft werden.

Fürsorge

spielt eine ganz besonders wichtige Rolle. Der Zuschußbedarf der Gemeinden für die Fürsorge ist unannehmer gestiegen, besonders für die Wohlfahrtsverbände ist der Bedarf sehr groß. Erforderlich ist eine Ausdehnung der Krisenfürsorge, um eine Entlastung der Gemeinden zu erzielen. Das Fürsorgeerzwingnis muß als gesund bezeichnet werden, von einer Ueberbreitung kann nicht gesprochen werden. Nicht nur eine materielle, sondern auch eine sittliche und seelische Not bringt die Arbeitslosigkeit mit sich. Beschaffung von Arbeit ist eine dringende Notwendigkeit. Die Wünsche der kapitalistischen Wirtschaft zeigen sich gerade hier außerordentlich.

Das Gebiet der kulturellen Maßnahmen

ist für die Gemeinden ebenfalls sehr wichtig. Heute haben wir 40 000 Genossen und Genossinnen, die in der Gemeinde tätig sind und ihre Arbeit wird selbst von bürgerlicher Seite anerkannt. Redner verweist zum Schluß auf August Bebel, der die Bedeutung der Gemeindepolitik schon erkannt und fordert auf enger Mitarbeit in der Gemeinde auf.

Das Referat wurde mit allgemeinem, lautsprechendem Beifall quittiert und eine Ausprache nicht befiel.

Entschlüsse

Die Erkenntnis, daß die Gemeinde im Laufe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in zunehmendem Maße zum Grundpfeiler des öffentlichen Lebens wurde, hat die Sozialdemokratie schon viele Jahre vor dem Kriege veranlaßt, den vielseitigen gemeindlichen Arbeiten verantwortungsbewusstes Interesse entgegen zu bringen. Der Krieg und seine furchtbaren Folgen haben die Aufgaben und Pflichten der Gemeinden sehr erheblich erweitert und damit zugleich ihre finanzielle Belastung außerordentlich gesteigert. Die Sozialdemokratie hat erkannt, daß die Veränderung der Steuerorganisation eine Frage der Lebensfähigkeit des Reiches ist. Die finanzielle Belastung der Gemeinden, besonders auf dem wichtigen Gebiete der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fürsorge, erfordert aber dringend, daß auch unter der veränderten Steuerhoheit die Lebensfähigkeit der Gemeinden auf fester Grundlage gewährleistet wird. Von diesem Gesichtspunkte muß die große Aufgabe der Verwaltungsreform, der Steuervereinfachung und des endgültigen Finanzausgleiches behandelt werden. Insbesondere ist zu fordern, daß die Gemeinden auf dem Gebiete der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge in kürzester Zeit eine finanzielle Entlastung erfahren. Die Fürsorge für die Erwerbslosen ist eine gesellschaftliche Pflicht.

Die Sozialdemokratie ist im Laufe der letzten Jahrzehnte durch die sachverständige, verantwortungsvolle und zielbewusste Tätigkeit in den gemeindlichen Körperlichkeiten zum stärksten Träger einer fortschrittlichen Gemeindepolitik geworden. Einer Gemeindepolitik, die über die Gemeindegrenzen hinaus das große Interesse der Gesamtheit des schaffenden Volkes zur Grundlage hat und damit sehr oft im schärfsten Gegensatz zu den gemeindlichen Interessenpolitik der bürgerlichen Wirtschaftsklassen und Parteien steht. Von diesem Geiste des Fortschritts und Allgemeininteresses ist auch die programmatische Forderung getragen, ein einheitliches Gemeindericht auf der Grundlage des Einkommenssystems und der weitestgehenden Selbstverwaltung zu schaffen.

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie appelliert an die wertvolle Bevölkerung in Stadt und Land, aus der wachsenden Bedeutung der gemeindlichen Arbeiten und der erfolgreichen gemeinnützigen Tätigkeit der großen Zahl sozialdemokratischer Gemeindevorteiler die notwendige Folgerung zu ziehen. Die bevorstehenden Gemeindevahlen müssen eine wesentliche Stärkung der Sozialdemokratie, der Trägerin der großen betrieblenden Reichheitsgrundzüge bringen, in deren Geiste schon bisher viele Tausende ihrer Vertreter erfolgreich gewirkt haben.

Bericht der Landtagsfraktion

Den Bericht erstattete Landtagsabg. Staatsrat Maier-Heidelberg. Der Redner beschäftigte sich zunächst mit den verflochtenen Landtagswahlen. Das gegenwärtige Wahlgesetz hat den Nachteil, daß durch es die ungeheure Parteienzersplitterung möglich ist. Einbeobachtet wurde Gen. Maier dann die Regierungsbildung nach den Wahlen. Man hat in unseren Kreisen großen Wert darauf gelegt, daß der alte Zustand beibehalten werden sollte. Die liberal-demokratische Arbeitsgemeinschaft hat nicht den geringsten Grund, uns Vorwürfe zu machen, denn ihre Ungeheuerlichkeit und Falschheit sind schon, das es so gekommen ist, wie es heute ist. Die Deutsche Volkspartei war von Anfang an bestrebt, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen. Das Zentrum hatte verschiedene Möglichkeiten, eine tragfähige Regierung zu bilden. All das Geschrei über Verrat liberaler Grundzüge durch uns ist unwahr. Die Liberalen haben vertrieben sich selbst aus der Arbeit des Landtags zu erlösen. Großen Schwierigkeiten machte die verhängnisvolle Geschäftsordnung ein Ende. Es ist falsch, wenn behauptet wird, wir hätten der früheren großherzoglichen Familie mit dem Ankauf der Bilder ein Geschenk gemacht. Die Anwesenheit war eine reine Geschäftsidee. Die Fraktion hat recht geachtet, wenn sie dem Kauf zugestimmt hat, denn die verkauften Bilder dürfen nicht außer Landes kommen. Viel Staub aufgewirbelt hat die Frage der

Dotationen

Bei der Regierungsbildung hat nicht die Sozialdemokratie, wie die Gegner behaupten, sich dem Zentrum in der Frage der Dotationen unterworfen, sondern gerade das Gegenteil war der Fall. Wir behielten freie Hand. Die Verhandlung war nicht leicht. Das Zentrum stimmte schließlich einem Abbau zu.

Der Redner wird von einem pöhligen Anwalt begleitet. Es ist deshalb Gen. Müller dem Bericht fort. Zum ersten Male, seit ein Dotationsgesetz besteht, wurde es möglich, einen Abbau herbeizuführen. Die Sozialdemokratie stellte ganz positive Anträge. Sie verlangte einen 20prozentigen Abbau, der aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Die Vorlage der Regierung hat zweifellos die Opposition überlebt, denn sie hat nie erwartet, daß die Zweiparteienregierung auf einen Schlag einen 20prozentigen Abbau vorzuschlagen würde. Die Politik der Opposition war unehrlich, sie war nur darauf gerichtet, die Zweiparteienkoalition zu sprengen. Wir gingen den Weg, den wir als den richtigen erkannt hatten. Erfolgreich ist, daß unsere Politik von den religiösen Sozialisten als richtig anerkannt wurde.

Staatsvoranschlag

Die größte Sorge war für uns das Defizit von 41 Millionen. Wir gingen an die Beratungen heran mit der festen Entschlossenheit, keinen sozialen und keinen kulturellen Abbau zu dulden. Es gelang uns, diese Absicht zu verwirklichen. Der Betrag für die gebobene Fürsorge wurde hinaufgesetzt, nachdem wir vor zwei Jahren sehr schwer darum kämpfen mußten. Es gelang uns, die Beiträge zur Schulpflicht der Betriebsräte, für die Arbeitersekretariate und die Arbeiterwohlfahrt zu erhöhen (Braun). Die Geschäftsleiter bei der Annahme dieser Erhöhungen ist erfolgreich gewesen.

Wir haben die Einkommensteuer abgelehnt; es war dies nicht leicht angesichts der Tatsache, daß 43 Millionen Defizit der Haushalt aufweist und die Gemeinden einen größeren Anteil verlornten. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ist ebenfalls so Fall gebracht worden; auch hier hat die Arbeiterbewegung ein großes Interesse. Wir stehen in der Realisierung der Sache an der Spitze in Deutschland. Gegen die Steuervermehrung des Pensionalters haben wir uns gemandt. Ein fühlbarer Erfolg wäre auch kaum zu erwarten gewesen. Ob der Betrag von 780 000 M. bei der Besteuerung der freien Berufe herauskommt, ist ungewiß. Unrecht ist es allerdings nicht, wenn die der allgemeinen Not auch die Verste und Rechtsanwältinnen stärker herangezogen werden. Ebe wir einer Kopfsteuer zustimmen, müssen erst alle anderen Steuermöglichkeiten erschöpft werden. Unseren Beschluß zur Gebäudebesondersteuer können wir nach jeder Seite verteidigen. Gern haben wir der Schulpflichterhöhung nicht zugestimmt. Statt Erhaltung der Bekleidungsnorm hätte man besser lazen sollen, Geleg zur Verbilligung des Lehreraufbaues. Die Weitererhöhung der Fleischsteuer ist ein Kind der Not. Es blieb uns nichts anderes übrig, wenn wir die Kopfsteuer verbilligen wollten. Wir haben immer auf die Unerschöpflichkeit dieser Steuer hinweisen. Die Frage bedeutet auch eine große Belastung des Zentrums. Es blieb aber gegenüber den verlockenden Anträgen der Opposition handhast, so daß Herr Dr. Mattes ausruhen zu müßte glaubte, das Zentrum sei im Schienplan der Sozialdemokratie. Wir hoffen, daß in zwei Jahren die Steuer befristet wird.

Die Gemeinden haben erklärt, sie würden bei der neuen Verteilung schlechter wegkommen. Die Städte gehen aber von falschen Voraussetzungen aus. Angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen sinkt der Einkommensteuerschlüssel herab und auch die Körperschaftsteuer fällt. Die Ueberverteilungen betragen 5 Millionen Mark weniger bis heute. Das Land kann nur so viel verteilen, als es hat. Die Regierung hatte einen Verteilungsschlüssel von 66 2/3 Prozent zu 33 1/3 Prozent vorgeschlagen, gegenüber 65 Prozent zu 35 Prozent bisher. Die Sozialdemokratie tat, was ihr möglich war, den bisherigen Verteilungsschlüssel zu erhalten. Alle Wünsche der Gemeinden konnten wir nicht erfüllen. Aber wir haben uns bemüht, den Gemeinden zu geben, was irgend möglich war.

Offenbar von langer Hand vorbereitet, haben die Oppositionsparteien verübt, beim Kultusetat die Sozialdemokratie vom Zentrum zu trennen. Die Absicht gelang nicht; wir stimmten dem

Kultusetat

zu gegen die Hoffnung der Opposition. Von den Kommunisten bis zum evangelischen Volksdienst stimmte die ganze Opposition gegen den Kultusetat. Weshalb haben die Evangelischen Volksgenossen des evangelischen Volksdienst gewählt, wenn dieser nichts zu tun weiß, wie den Kultusetat abzulehnen. Drollig war die Haltung der Kommunisten. Sie haben bei dem berühmten Auszug aus dem Saale wegen der Schindlerpolitik als einzige Oppositionspartei im Saale und kalten damit dem Laufe zur Beschlußfähigkeit. Dafür durften sie nach Herzenslust schimpfen. — Zum Schluß behandelt der Redner noch das Straßengesetz. Die sozialdemokratische Fraktion hat in unerträglicher Arbeit die Interessen des Landes und des Volkes bewahrt, sie hat die sozialen und kulturellen Belange geschützt und sie ist auch gewillt, diese Linie weiterhin beizubehalten. — Lebhaftige Zustimmung.

Ausprache

Gen. Hochbach-Karlsruhe begrüßt vom Standpunkt des Kulturpolitikers aus, daß das Unterrichtsministerium von einem Sozialdemokraten besetzt ist, wenn es auch zu bedauern sei, daß das Unterrichtsministerium verloren ging. Das Märchen, daß nur der Fachmann Minister sein könne, ist durch die Tätigkeit des Gen. Kemmele glatt widerlegt worden. Sehr bedauerlich ist die Erhöhung des Schulgeldes. Die Schulgeldbefreiungen sind ein schlechter Ersatz. Die höhere Schule ist schon wie bisher eine Ständeschule. Wir schlagen gänzliche Beilegung des Schulgeldes vor; statt dessen sollte eine Schulpflicht geschaffen werden. Die Erziehung weiterer Schichten ist ein Kulturwerk, den kein Land sich sonst leisten. Wir wollen den Kindern der Volksschule den Weg zu den höchsten Stellen frei machen. Das Bildungserzwingnis muß befristet werden; das ist auch ein Stück Kulturkampf.

Gen. Martha Wehner-Mannheim spricht zur Berufsschule. Diese Schule gibt dem größten Teil des Volkes eine abschließende Bildung. Ein neues Schuljahr würde auch wirtschaftliche Vorteile bringen. Ein Reichsbereichsschulgesetz wäre ein kultureller Fortschritt. Die landwirtschaftliche Fortbildungsschule muß ausgebaut werden. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind in Gesezbeschlüssen umzuwandeln, wobei auf die ungelerten Arbeiter besonders Rücksicht zu nehmen ist. Der Hauswirtschaftsunterricht muß im Sinne der modernen, rationalisierten Hauswirtschaft gestaltet werden. Auf allgemeine Charakterbildung ist der größte Wert zu legen.

Gen. Kimmelmann-Karlsruhe beschäftigt sich ebenfalls mit Schul- und Bildungsfragen. Das Reich hat die großen Kulturpolitischen Hoffnungen nicht erfüllt. Es wächst ein neuer Kulturkrisenheran, was eine große Zersplitterung zur Folge hat. Auch in den Gemeinden werden bald die Kämpfe um die Schulprobleme beginnen. Hauptproblem für uns kann nur sein: Bildung der Arbeiter mehr das Erstebische zu betonen. Bei der Förderung der Bildung handelt es sich nicht um eine ständes- oder berufsständische Frage, sondern um eine Bildungsfrage.

Gen. Bols-Sodenheim billigt die Haltung der Fraktion. Man müsse verlangen, daß auch das Zentrum als Koalitionspartner auf unsere Gefühle Rücksicht nimmt. Die Art, wie wir von neuem Gefühlen bekämpft werden, muß zurückgewiesen werden. Wir haben in Verwaltung und Schule noch nicht den Einfluß, auf den wir Anspruch haben. Wir verlangen in jeder Beziehung Gleichberechtigung.

Gen. Minister Dr. Kemmele stellt fest, daß unsere Beteiligung an der Regierung die Funktionäre des Zentrums nicht abgeben hat, uns zu befähigen. Täten sie das allerdings nicht, so müßten viele Genossen sagen, was uns denn vom Zentrum noch unterwerfen. Wir sind froh, daß uns die anderen befähigen. (Sehr lebhaft) Auf kulturpolitischem Gebiete ist viel zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion und der Parteiauschuß hätten es gerne geäußert, wenn es möglich gewesen wäre, die Weimarer Koalition zu erhalten oder die große Koalition zu schaffen. Die zwei Minister einer Partei ist ein Nothbehelf. Wenn durch Schaffung eines Koalition für die Simultanlösung in Gefahr wäre, hätten wir in der Koalition nichts mehr zu tun. Zustimmung und Beifall. Die Schlußfrage wird aus dem Kontofortat herausbleiben. Wir haben nicht zu bedauern, Staatsbewußtsein gezeigt und praktische Arbeit geleistet zu haben. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen.

Gen. Abg. Küster behandelt in seinem Schlußwort einige in der Debatte angeführte Fragen. Die Fraktion werde in der nächsten Frage ihre Pflicht tun, viele Aufgaben sind bei Gen. Kemmele in guten Händen.

Es wird im Anschluß hieran über die zur Landespolitik bringenden Anträge abgestimmt. Die angenommenen Anträge bringen wir am Schluß des Berichtes.

Als letzter Tagesordnungspunkt folgt nun die Rede des Reichstagsabg. Breitscheid über die deutsche Innen- und Außenpolitik.

Die inner- und außenpolitische Lage Deutschlands nach dem Youngplan

Reichstagsabg. Dr. Breitscheid führte in seinem Vortrag über die Lage des Reiches nach dem Youngplan aus, daß die Sozialdemokratie freibleibig und untreue Willen aus der Regierung ausschließen ist, ist müßig. Der Antrag des Reichstagsabg. Müller erfolgte, weil in der Frage der Arbeitslosenversicherung keine Einigung erzielt werden konnte. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz war geschaffen worden auf der Grundlage von 80 Millionen Arbeitslosen, 8 Prozent Beitrag und Zuschuß des Staates. Das Reich 1929 ein Darlehen von 400 Millionen Mark an die Arbeitslosenversicherungsgesellschaft, 1928 ein Darlehen von 200 Millionen Mark. Diese Zahlen erregten im bürgerlichen Lager Aufsehen und Bestürzung.

Wir stellen mit allem Nachdruck fest, daß die Finanzminister des Reiches nicht verantwortlich zu machen ist. Unter der Herrschaft des Damesplans hat die damalige Regierung die Finanzen, Reserven anzuhebeln, im Gegenteil es wurden die vorhandenen Reserven verbraucht und eine Schuldlast von 1 Milliarde dazu gefügt. Bei solchen Verhältnissen trat die Regierung in die Verantwortung. Der Kreditbedarf des Reiches liegt zuletzt auf 200 Millionen Mark.

Es ist falsch, zu behaupten, daß die Regierung Müller nicht die Schuld hat, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Schuldene Verträge schlugen fehl. Genosse Bitterding hat verweigert, 1929 einen ausgefallenen Etat aufzustellen. Aber der Schuld hat die Verantwortung der bürgerlichen Parteien. Die Regierungsparteien, einschließlich der Sozialdemokratie, schämten, an dem Etat Beiträge zu machen. Es ist falsch, die Schuld Bitterding vorzuwerfen zu machen. Wenn ein Fortschritt gemacht ist, so muß er sich auch gegen die sozialdemokratische Fraktion zeigen.

Die Finanzlage des Reiches war der Anlaß für die bürgerlichen Unternehmenseparteien zu einem Vorstoß gegen die Arbeitslosenversicherung. Diese Versicherung ist den Unternehmern ein Ärgernis im Auge. Die Leuanen nicht, daß von gewissen Leuten die Arbeitslosen getrieben werden. Wir haben einen gewissen Erfolg erzielt, um zu verhindern, daß die bürgerlichen Parteien die Arbeitslosenversicherung nicht. Die Regierung machte eine Vorlage, in der die Arbeitslosenversicherung innerhalb des Finanzprogramms als Kompromiß enthalten sollte; die bürgerlichen Parteien brachten einen Kompromiß vor, der die Arbeitslosenversicherung nicht ablenkte. Dadurch kam es zu einem Kompromiß, der die Arbeitslosenversicherung nicht ablenkte. Die bürgerlichen Parteien wollten ein weiteres Verhandeln. Die Sozialdemokratie hat die Frage erneut zur Debatte kommen wollen, dann das Ende doch eine Herabsetzung der Leistungen erreicht wurde. Der Vorstand des ADGB hat in einer wenig klugen Weise der Fraktion erklärt, wenn sie dem Kompromiß zustimme, würde er in der Definitivität gegen die Fraktion eine Erklärung nehmen. Wäre das Kabinett Müller mit seiner Politik mit dem Reichstag getreten, wären die Dinge wohlweislich anders gelaufen.

Der Artikel 48 der Reichsverfassung konnte in jener Sitzung nicht angewendet werden. Der Artikel kann doch unmöglich die Durchführung von Steuererlassen verhindert werden. Aber das Kabinett wollte den Artikel in diesem Sinne anwenden. Die Sozialdemokratie hat die Fraktion dem Misstrauensvotum gegenüber dem Kabinett Brünning unterstützt. Es ist zu bedauern, daß jener wichtigen Abstimmung eine ganze Reihe Fraktionsmitglieder nicht teilgenommen haben. Es haben aber auch bei einer Abstimmung ein Vertrauensvotum für das Kabinett Müller eine Anzahl Genossen abgelehnt. Damals haben aber die Genossen ihr Kabinett als Genossenkomitee eingeschickt, obgleich es sich um ein Kabinett handelte, in dem die Partei vertreten war. Es ist unangebracht, der Unterchied zwischen der Regierungsoorloge und dem Vertrauensvotum zu betonen. Aber, wenn dieser Unterchied so groß war, warum ist denn das Zentrum nicht mit uns zusammengegangen? Warum hat das Zentrum nicht mit uns zusammengegangen? Warum hat das Zentrum nicht mit uns zusammengegangen? Warum hat das Zentrum nicht mit uns zusammengegangen?

Wenn auch die Regierungsvorlage angenommen worden wäre, wäre es dennoch sehr zweifelhaft gewesen, ob das Kabinett Müller so länger Bestand gehabt hätte. Nach einigen Wochen wären wir schon zu neuen, scharfen Auseinandersetzungen wegen der Arbeitslosenfrage gekommen, und es ist fraglich, ob dann eine Koalition zustande gekommen wäre. Wenn nun 1 1/2 Jahre lang eine Koalition Tag für Tag verhandelt hat, um jeweils eine mittlere Linie zu finden, dann kommt allmählich der Gedanke, mo man nicht wird und eine Trennung unermittelbar ist.

Das schleunige Tempo bei der Regierungsbildung ist bedauerlich, denn die bürgerlichen Parteien können sich unter der Hand absprechen. Aber das Zentrum sollte sich erinnern, daß es in der Bildung des Kabinetts Müller große Schwierigkeiten gehabt hat. Aber es war schon große Vorarbeit hinter den Kulissen geleistet worden, auch zu Lebzeiten des Kabinetts Müller. Das Zentrum hat die Bildung des Reichspräsidenten Pläne geschmiedet, wurden

Der letzte Minister Trevisan... Mit einem gewissen Recht ist das Kabinett als ein Kabinett des Reichspräsidenten Hindenburg...

Das Steuerprogramm

Die Regierung war hart. Es geht für uns nicht an, den Steuerlasten direkter und indirekter Steuern aufrecht zu stehen. Denn auch direkte Steuern können abgemildert werden. Es ist...

Interessen der Allgemeinheit sind zugunsten von besonderen Wirtschaftsinteressen aufzuheben

Die Senkung der Steuern würde gewisse Kapitalisten nicht ab-... die Kapitalisten im Ausland unterdrücken. Wenn unsere...

die Außenpolitik

Interessens ungleichmäßig beeinflusst worden. Man soll die Bedeutung... nationaler Interessen in der Außenpolitik nicht unterschätzen.

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

die Opposition soll uns nicht zum Selbstzweck werden

Die Sozialdemokratie stand vor dem Kriege in Opposition zum... Staat. Es ist heute anders. Der Staat ist noch nicht unter...

heigen. Unsere Aufgabe ist, den Massen das Ziel vorzulegen, dem wir zustreben. Das Ziel der Vermittlung des internationalen Sozialismus.

Aussprache über die Rede des Genossen Dr. Breitscheid

Gen. Benedek-Konstanz übt Kritik an der Haltung der Genossen in der Reichsregierung in verschiedenen Fragen. Das Militär ist nur ein Instrument, auf dem ein paar Generale Politik zu machen...

Gen. Stefan Meier-Freiburg

Wenn der Gen. Benedek von dem Pessimismus draussen in den Massen sprach, so muß dagegen gesagt werden, daß dies nicht in dem Maße zutrifft, wie behauptet wird.

Gen. Garbuder-Mannheim

Gen. Breitscheid gegenüber einer Kritik der Mannheimer Volkstimme an dem Gen. Dr. Silberding. In vielen Parteifreien hat man sich kritisch über die politische Leistung des...

Gen. Gräber-Friedrichsfeld

Wenn wir mit den 153 Mandaten, die uns der Kampf gegen den Bürgerkrieg gebracht hätte, nichts weiter anfangen gemüht hätten, was wird nun? Unsere politische...

Schirin-Mannheim

Die Schwächung hervor, welche die Partei bei ihrem Austritt aus der Regierung erlitten hat, was nach einer starken Verminderung trat. Wir stehen im Zeichen eines großen Drucks...

In seinem Schlußwort

betonte Genosse Breitscheid die Notwendigkeit, sich über die veränderten Aufstellungen auszusprechen. Wir müssen uns auseinander setzen, jedoch sachlich. Eine Ablehnung des Wortes würde bedeuten...

Unter Dank an die Offenburger Gastgeber

schloß dann der Vortragende, Gen. Reinhold, mit einem Hoch auf die Internationale der Tagung.

Die angenommenen Anträge

Folgende Anträge wurden teils angenommen, teils dem Parteivorstand als Material überwiesen:

Organisation

Weinheim: Der Parteitag beschließt die Herausgabe einer Erwerbslosenzeitung, die regelmäßig erscheint (alle 14 Tage) und den Ortsgruppen mit harter Erwerbslosigkeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Mannheim: Um die zur Partei Neueintretenden mit den Forderungen und Zielen unserer Partei vertraut zu machen, erzieht der Unterbezirk Groß-Mannheim den Landesvorstand, eine entsprechende Form gefasste Schrift den Unterbezirkstretariaten in geeigneter Anzahl zur Verfügung zu stellen.

Kolmar: Der Parteitag beschließt, damit auch die ländlichen Ortsvereine ein Teil der Parteidelegationskosten von der Landesliste übernommen wird, damit auch die ländlichen Organisationen die Möglichkeit haben, den Parteitag zu besuchen.

Reutlingen im Schwarzwald: Der Parteitag wolle beschließen, dem § 11 des Organisationsstatuts, Abs. 3, folgenden Zusatz hinzuzufügen: Delegierte von Ortsvereinen mit mehr als 10, und weniger als 50 Mitgliedern erhalten, falls die Entfernung zum Befehl des Parteitages mehr als 100 Bahnkilometer beträgt, die Fahrkosten ersetzt.

Sulzfeld: Um die Jugend auf dem Lande für die Sozialdemokratie zu gewinnen, sind mit den zuständigen Interbezirkssekretariaten der Partei planmäßige Werbeaktionen, aufzunehmen mit den bestehenden Gruppen der SAJ, durchzuführen. Die bestehenden Werbetrupps der SAJ, sollen bei ihrer Arbeit in jeder Weise von der Partei unterstützt werden.

Seibersberg: Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand, beim Parteivorstand in Berlin und bei der Reichstagsfraktion dahin zu wirken, daß bei besonderen, ausschließlich das Land Baden betreffenden politischen Kämpfen, mehr Reichstagsabgeordnete und sonstige bekannte, führende Parteigenossen für Versammlungen verpflichtet werden. Ebenso fordert der Parteitag, daß alle Reichs- und Landtagsabgeordneten verpflichtet werden, im Anschluß an alle größeren politischen Ereignisse für umgebende Aufklärung in den Wahlkreisen Sorge zu tragen.

Reutlingen im Schwarzwald: Der Parteitag beschließt: „Die Kommune“ ist für alle Vertreter unserer Partei in den Gemeinden obligatorisch. Sind Vertrauensleute durch Arbeitslosigkeit nicht in der Lage, den Betrag hierfür aufzubringen, so übernimmt in vielen Fällen der Landesvorstand die Kosten.

Billingen: Im Mitteilungsblatt sollen durch den Landesvorstand alljährlich nach Ablauf der Generalversammlungen die Namen und Adressen der Parteimitglieder bekannt gegeben werden.

Arbeitermobilität: Die Landeskonferenz der Arbeitermobilität am 3. und 4. Mai 1930 in Baden-Baden erzieht den Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Baden, nach Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen festen Beitragsanteil an die Arbeitermobilität abzuführen, etwa unter Einführung des schon öfter geforderten Kulturbeitrags.

Offenburg: Der Parteitag wolle beschließen: Doppelpendelkandidaturen (Reichs- und Landtag) sind abzulehnen. Parteiauswahl: Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratischen Partei findet im Zusammenwirken mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem VfAB und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und ihren angeschlossenen Verbänden lebendigen Ausdruck.

Aufgabe aller Parteigenossen, der Parteiorganisation und der Parteipresse ist es, die freien Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Kampf den Nationalsozialisten

Weiter wurde folgende Entschliessung angenommen: Die hemmungslosen, jeder sachlichen Grundlage entbehrenden Kampfmethoden der Nationalsozialisten führen zu einer beispiellosen Verwilderung des politischen Tageskampfes. Sie dienen dem unerhörtesten Völlstetrag und haben zum Ziel, die Vorherrschafft der Kapitalistenklasse zu festigen und die Arbeiterklasse bewußt in ihrem Befreiungskampf zu hemmen.

Die fürchterliche Not, die Krieg und Inflation in weite Kreise unseres Volkes getragen hat, ist der Nährboden nationalsozialistischer Vorkriegsbemagogie. Die Überwindung dieser Notlage stellt an das politische Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie die höchsten Anforderungen. Getragen von diesem Bewußtsein, ist die Sozialdemokratie entschlossen, in allen öffentlichen Körperlichkeiten, Reich, Staat und Gemeinde ihren politischen Einfluß zu häufen, um in sachlicher Arbeit die am deutschen Volkstüm durch Krieg und Inflation geistigsten Kräfte zu heilen.

Die Sozialdemokratie steht gerade deshalb, weil sie in diesem Kampf unter Überwindung großer Widerstände in den letzten Jahren erfolgreich für die Arbeiterklasse in Reich, Staat und Gemeinde tätig gewesen ist, im Brennpunkt des politischen Tageskampfes. Sie wird unbeirrt aller Angriffe auf dem beschrittenen Weg sich weiter mit aller Entschiedenheit für die Interessen des arbeitenden Volkes einsetzen.

Der Parteitag ruft die gesamte Arbeiterklasse in Stadt und Land zu schärfstem Kampf auf gegen die böse Vorkriegsbemagogie der Nationalsozialisten.

Landespolitik

Mannheim: Die badischen Reichs- und Landtagsabgeordneten werden ersucht, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß der Reichsweg mit allen Mitteln die Grenzlandnot Badens bekämpft wird. Insbesondere ist die Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß der deutsche Westen mit seiner größtenteils industriellen Bevölkerung mindestens ebenso stark gelitten hat, wie der Osten.

Singen: Der Parteitag stellt mit Entrüstung fest, daß bei den diesjährigen Budgetberatungen von liberaler Seite wieder ein Vorstoß gegen die wirtschaftliche Beidigung des badischen Staates unternommen wurde. Der Parteitag ist der Auffassung, daß insbesondere die Landeselektrizitätswirtschaft des Staates mit aller Macht zu unterstützen ist, damit möglichst bald die Gesamtbedürfnisse des Landes in den Genuss billiger Stromtarife kommen kann.

Billingen: Die Landtagsfraktion wird ersucht, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Zahl der Revisionsbeamten des Gewerbeaufsichtsamtes in angemessener Weise vermehrt und nach Möglichkeit die Beamten aus den Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenenschaft entnommen werden.

Billingen: Die Landtagsfraktion wolle mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß zur Verbesserung des Verkehrsverhältnisses des Landes nach Möglichkeit Autobuslinien eingerichtet werden. Soweit solche dem öffentlichen Verkehr dienen, sollen sie tunlichst durch die öffentliche Hand betrieben werden.

Mannheim: (Volksschule und Höhere Schule.) Ursachen verschiedenster Art (Vernachlässigung der Reichsgelehrten über die soziale und organische Ausgestaltung des öffentlichen Bildungswesens; frühzeitiger Übergang zur Höheren Schule; Lage des Arbeitsmarktes; Überfüllung der Berufsausbildungswesen usw.) haben eine ungelungene Abwanderung zur Höheren Schule erzeugt. Die die Volksschule von Höherer Schule und Hochschule gefährdet und ein reichhaltiges Ueberangebot an akademisch gebildeten Kräften zur Folge hat.

Ein Staat, der, wie die deutsche Republik, unter ökonomischem Zwange steht, kann diesem unwirtschaftlichen Einfluß von Kräften an falscher Stelle nicht tatenlos zusehen. So anerkanntswert die Verbreiterung der Bildung ist, so verhängt sich hinter dem derzeitigen Zustand doch eine tiefe Bildungsnot und ein großes Bildungsunrecht breiter Massen.

Dieser Zustand bringt für die Volksschule und den Volksschüler die Gefahr der Isolierung und des Ausschlusses von aller schöpferischen Berufsausbildung mit sich und bedeutet darum eine schwere Gefährdung. Diese läßt sich endgültig wohl nur beseitigen, wenn die Schulpolitik des Reiches dem Vorgehen Nordamerikas, Englands und Dänemarks folgt und die Schillerkraft in einer ausgedehnten Grundschule und einer für daran anschließender allgemeinen aber innerlich differenzierten Mittelschule zusammenfaßt.

Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, dieser Entwicklung Aufmerksamkeit zu schenken und im Rahmen des heutigen Schulaufbaus folgende Maßnahmen zu fordern:

- 1. Das Ausleseverfahren beim Übergang zur Höheren Schule ist zu vereinfachen. Die bisher in Baden getroffenen Maßnahmen sind weiter auszubauen. Die strengere systematischere Gestaltung des Ausleseverfahrens während der ganzen Schulbahn ist durchzuführen. Die Vereinfachung der Auslese darf sich nicht auf Kosten des ärmeren Schülers vollziehen.
- 2. Die Oberstufe der Volksschule ist bei möglicher Klassenbesetzung und bei Erweiterung der Schulpflicht auszubauen. Sie muß in Organisation und Methode so bewacht sein, daß jeder Schüler findet, was sein Weg ins Leben ist, und ihn auf diesem Wege fördern. Die so ausgebildete Volksschule kann als Ersatz der Bürgerschule kleinerer Städte wohl gelten.
- 3. Das Berechtigungswesen ist auszubauen.
- 4. Es sind auch in den Städten spätere Übergänge zur Höheren Schule zu schaffen.

Mannheim: (Fortbildungsschule.) Die Regierungserklärung deutet die Notwendigkeit des Ausbaus der Fortbildungsschule. Hieraus ergeben sich folgende Forderungen:

- 1. Ebenso wie den im Gewerbe stehenden Lehrlingen in den Gewerkschaften ein Fachunterricht vermittelt wird, ist ein solcher auch für die landwirtschaftlich tätige Jugend einzurichten.
- 2. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind als nicht mehr zeitgemäß in Gewerkschaften umzuwandeln.
- 3. Die landwirtschaftliche Berufsschule hat allen Anforderungen der Berufskunde zu entsprechen. Ob dieses Ziel durch eine Umstellung der landwirtschaftlichen Winterschulen und einer Angle-

derung dieser an die Fortbildungsschulen erreicht wird, hat die Landtagsfraktion seinerzeit darauf zu prüfen.

4. Ganz besondere Sorgfalt ist der Bildung der Ungelernten zuwenden, um sie zu brauchbaren Gliedern der Wirtschaft und des Staates und der Gemeinschaft zu bilden.

Im ganzen liegt die Entwicklung in der Richtung der einseitigen und gleichwertigen Schulung aller im wirtschaftlichen Leben lebenden Jugendlichen.

Das kommende Berufsausbildungsgesetz muß von dem Gedanken getragen sein, daß die für die Berufsausbildung in Frage kommende Lebenszeit — die außerdem die empfindlichste und leistungsbedürftigste darstellt — nicht nur einseitig für einen bestimmten Gewerksbereich ausgenutzt wird, sondern in gleicher Weise für die Entwicklung der allgemein-menschlichen Fähigkeiten.

Besondere Schutz- und Fürsorgebestimmungen für die Jugendlichen sind in das Gesetz aufzunehmen.

Mannheim: (Lehrerbildung.) Die bei Schaffung des Lehrerbildungsgesetzes begabten Befürworter über den möglichen Zugang von Abiturienten zu den Lehrerbildungsanstalten sind nicht eingetroffen. Wie in ganz Deutschland hat sich auch in Baden dieser Zugang günstig gestaltet.

Die Höherführung der badischen Lehrerbildung im Sinne Art. 143 der Verfassung ist eine Aufgabe, die die Partei zielbewußt weiterführen muß.

Unbedingt nötig scheint zu sein:

1. Eine Verringerung des nur als Entwurf bisher erschienenen Lehrplans. Für die Gestaltung desselben sind folgende Forderungen zu erheben:

a) Gegenstand wissenschaftlicher Schulung ist die Erziehungswissenschaft mit ihren Hilfswissenschaften. Ihr ist in ausgedehntem Maße die nötige Zeit einzuräumen.

b) An Stelle der unzulänglichen Bildung in den Fachwissenschaften tritt nur ein Praktikum.

c) Die schulpraktische Ausbildung muß wissenschaftlich unterbaut werden.

**Änderungsantrag**

Zur Bekämpfung der schweren Auswüchse des Berechtigungswezens wird gefordert, daß Maßnahmen ergriffen werden, die den Volksschüler nicht von den gehobenen Laufbahnen ausschließen.

Köllnau: Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, mit allen gebotenen Mitteln ein evtl. Gesetz, welches die Aufhebung der Fürsorgeerbfolge fordert, um die Fürsorge an die Gemeinden anzuschließen, zu befähigen.

Killingen: Im Interesse der Kriegsbeschädigten, Klein- und Sozialrentner sowie der sonstigen in gehobener Fürsorge Lebenden ist die Aufrechterhaltung der Bezirksfürsorgeverbände unbedingt zu verlangen.

Änderungsantrag: Der Parteitag beauftragt, daß infolge der gespannten Finanzlage des Landes der Fürsorgeaufwand gesenkt werden muß. Der Parteitag erwartet, daß die Landtagsfraktion darauf hinarbeitet, den Landesfürsorgeaufwand wieder zu erhöhen.

Mannheim: Der Parteitag beauftragt Landesvorstand und Landtagsfraktion, zu prüfen, ob die badische Gemeindeordnung im Sinne der sogenannten Süddeutschen Städteverfassung (Ein-Kammer-System) geändert werden soll.

Singen a. S.: Der Parteitag beauftragt es, daß es gelungen ist, endlich mit dem tatsächlichen Abbau der Dotationen für die Kirche und Religionsgemeinschaften in erheblichem Maße zu beginnen. Der Parteitag erwartet, daß die Landtagsfraktion rechtseits die weiteren Abbau der Dotationen anstrebt.

Semsbach: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird beauftragt, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß der Abbau der Dotationen beschleunigt wird und sich die Religionsgemeinschaften auf Grund des Kirchensteuer-Gesetzes finanzieren.

Änderungsantrag: Der Parteitag erwartet, daß Landesvorstand und Landtagsfraktion der Frage der Staatsvereinfügung Aufmerksamkeit schenken. Insbesondere ist die Vereinigung Baden-Württemberg einsehend zu prüfen.

Uffern: Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, eine Regelung für den Kirchenaustritt insofern anzustreben, daß bei dem etwaigen Austritt die Kirchensteuer nur noch bis Ende des laufenden Steuerjahres, in welchem der Austritt erfolgte, erhoben werden kann. Außerdem ist anzustreben, daß die Austrittsgebühren für das ganze Land einheitlich sind.

Offenburg: Der Parteitag wolle beschließen: Die Landtagsfraktion wird ersucht, der Frage der ausgesteuerten Erwerbslosen größte Aufmerksamkeit auszuwenden und bei der badischen Regierung einzutreten, dafür zu sorgen, daß den Städten zur Durchführung einer ausreichenden Ausgesteuertenfürsorge finanzielle Hilfe zuteil wird.

**Reichspolitik**

Semsbach: Der Reichstag beauftragt die Land- und Reichstagsfraktion, eine Verringerung der bestehenden Befoldungsordnung der Staats- und Reichsbeamten anzustreben, damit die Gehälter der obersten Beamtengruppen den finanziellen Verhältnissen des Reiches und der Länder angepaßt werden und einen demgemäßen Abbau erfahren.

Sagsfeld: Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, dahin gehend zu wirken, daß die Altersgrenze in der Invaliden- und Altersversicherung von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

Wadenburg: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Altersgrenze für die Invaliden- und Altersversicherung auf 60 Jahre herabgesetzt wird, und daß ein allgemeines Arbeiter-Pensionsgesetz zur Einführung gelangt.

Semsbach: Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, im Reichstag unverzüglich einen Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invaliden- und Altersversicherung auf 60 Jahre einzubringen.

Unterzombach: Die Sozialdemokratische Partei möge dahin wirken, daß in den Ländern und im Reich die Zahl der Abgeordneten vermindert und fest begrenzt wird. Zu diesem Zweck sollen Wahlkreise erstreckt werden, die eine bestimmte Abgeordnetenzahl festsetzen und die Mandate proportional zu den abgegebenen Stimmen verteilen.

Parteiausschuh: Der Parteitag beauftragt die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion, im Reichstag eine Reform des Beamtenpensionsrechtes zu fordern.

In der zu erziehenden Reform des Beamtenpensionsrechtes ist durch Gesetz eine Mindestgrenze der Pensionen festzusetzen, von der ab Nebeneinkommen jeder Art unter Berücksichtigung der Familien- und Einkommensverhältnisse der Pensionäre angerechnet werden.

Erreicht das Nebeneinkommen und die Pension eines Pensionärs den Betrag von 12.000 RM. im Jahr, so ist die Kürzung der Pension in voller Höhe vorzunehmen.

**Vertrauen zur Parteileitung und der Landtagsfraktion**

Der Parteitag ernennt die Landes-Parteileitung und der Landtagsfraktion für ihre Haltung bei der Regierungsbildung und für ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Landespolitik sein Vertrauen aus.

Er weiß die von den Demokraten und der Deutschen Volkspartei gegen die Sozialdemokraten gerichteten Angriffe, als ob letztere in der Zweiparteien-Koalition die kulturpolitischen Grundlagen der badischen Politik vernachlässigt, mit aller Entschiedenheit zurück.

Wenn es bei der Regierungsbildung nicht gelang, die Demokratie, in der Koalition zu halten, oder statt dieser die liberale Arbeitgemeinschaft hinein zu bekommen, so trifft die Schuld hierfür die beiden Parteien, die ihrer ganzen inneren Einstellung nach immer noch nicht begreifen wollen, daß die Sozialdemokratie im Volksstaat Anspruch auf absolute politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung hat und daß das Gewicht der Wählerstimmen bei der Verteilung der Regierungsmacht ein ausschlaggebender Faktor ist.

Die in den letzten Monaten im Landtag betriebene Politik der liberalen Opposition bezeugt nur, wie sehr das liberale Bürgertum seine einseitige politische Vorherrschafft zu behaupten gewillt ist, und wie sie diesem Willen, jedes Grundgesetzes einer gerechten Parteilichkeit, opfert.

Die Sozialdemokratie beharrt die Entwicklung der demokratisch-liberalen Parteipolitik und sie wird dieser den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wissen, bis diese Parteien gemillt sind, ihren unangemessenen, einseitigen Standpunkt gegenüber der Sozialdemokratie aufzugeben.

**Justizetat vor dem Reichstag**

Berlin, den 17. Mai (Eig. Ber.). Der Reichstag beendet am Sonntag die zweite Beratung des Justizhaushaltes.

Sämtliche bürgerliche Redner wandten sich gegen die Kritik des sozialdemokratischen Abgeordneten Rosenfeld am Reichsgericht.

Der völksparteiliche Abgeordnete Dingeldey meinte, eine parlamentarische Debatte mit Herrn Rosenfeld über Justizfragen, sei sinnlos, da es sich um weltanschauliche Gegensätze handele. Dingeldey meinte natürlich Klassengegensätze, denn Klassenvorurteile, auch wenn sie noch so unbewußt sind, bestimmen oft genug richterliche Entscheidungen, auch die Unmöglichkeit bei manchen Richtern, die Sprache, das Denken und Fühlen der Arbeitermassen zu begreifen. Selbstverständlich forderte Herr Dingeldey eine allgemeine Amnestierung der Hememörder, anlässlich der Rheinlandbefreiung.

Die demokratische Abgeordnete Dr. Lüders setzte sich für eine Teilamnestie anlässlich der Räumung der besetzten Gebiete ein. Ihre Rede war im übrigen den Frauenforderungen auf Gleichberechtigung auch in der Rechtsprechung und im Zivilrecht, namentlich in Ehefragen, gewidmet.

Der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Collofer forderte die Zulassung von Rechtsanwältinnen bei den Arbeitserichtern. An der Rechtsprechung des Reichsgerichtes hat er gar nichts auszusetzen.

Der Reichsjustizminister Dr. Vredt machte Frau Lüders wenig Hoffnung auf baldige Reformen des ehelichen Güterrechtes. Es seien erst einmal Rückfragen an die Länder ergegangen. Was das bedeutet weiß man: jahrelange Verhandlungen und schließlich Sabotage.

**Freistaat Baden**

Trunk legt sein Landtagsmandat nieder

D. Kalkert, 18. Mai. Landtagsabg. Dr. Trunk hat dem Wahlkreisausschuss in einem Schreiben mitgeteilt, daß er aus Gesundheitsrückichten sein Mandat als Landtagsabgeordneter niederlegt. An seine Stelle tritt als Landtagsabgeordneter Stadtrat Ulrich (Baden-Baden).

Endlich zieht also der ehemalige badische Justizminister und Vertreter von Kalkert-Land die Konsequenzen aus seinem „Gesundheitszustand“, nachdem er lange genug politisch Unheil angerichtet hatte.

**Demokratischer Parteitag in Lahr**

Die demokratische Partei Badens hatte am Samstag und Sonntag in Lahr ihren Landesparteitag. Da die demokratische Partei immer noch nicht einsehen will, wie sehr sie sich durch ihre Politik in Lahr hineingeschrieben hat, machte die Tagung wenig Neues. Die Landesversammlung billigte den Wunsch der demokratisch-liberalen Arbeitgemeinschaft in Baden und sprach auch der demokratischen Reichstagsfraktion das Vertrauen aus, womit die Unterstützung des Kabinetts Brüning durch die Demokraten gebilligt ist. Die demokratische Partei muß anerkennend noch viel kleiner werden — sofern dies möglich ist, — bis sie einzieht, wie abwegig ihr Kurs ist.

**Panuropa-Tagung in Berlin**

Berlin, 17. Mai. Als Auftakt der gegenwärtig in Berlin stattfindenden Paneuropatagung veranfaßte die deutsche Gruppe der Paneuropäischen Union heute nachmittags im Hotel Kaiserhof einen Presseempfang. Coudenhove-Kalergi wies in seiner Ansprache auf die Bedeutung der paneuropäischen Bewegung, die auf ein 10jähriges Bestehen zurückzuführen könne, hin, wobei er unter Bezugnahme auf das heute veröffentlichte Briand'sche Memorandum betonte, daß diese Bewegung nicht mehr aufzuschieben sei.

**Eröffnung der BIZ**

Basel, 17. Mai. Die offizielle Eröffnung der Tätigkeit der BIZ erfolgte am Samstag, den 17. Mai. Da die Hauptvoraussetzung für die Inbetriebnahme der Bank, die Unterzeichnung des Traktats-Vertrages zwischen den Regierungen und der BIZ, in Paris stattfindet, sah man von jeder Zeremonie im Gebäude der BIZ in Basel ab.

Paris, 18. Mai. Am Schluß der gestrigen Sitzung der Reparationskommission hielt der Vorsitzende, der französische Delegierte Senator Chapal, eine Rede, in der er bekannt gab, daß die Reparationskommission von Deutschland insgesamt 18 Milliarden den Goldmark erhalten habe und unter die Gläubiger verteilt habe, und zwar 25 Milliarden in Form von abzutretenden Staatsgütern, 9,5 Milliarden in Form von Sachleistungen oder ähnliches und 6 Milliarden in Form von Barleistungen.

**Die Umwandlung von Waghäusel in eine selbständige Gemeinde**

Der vielbesprochene Gesetzentwurf fand im Reichstagsausschuß für die Umwandlung von Waghäusel in eine selbständige Gemeinde eine interessante Darstellung der Geschichte von Waghäusel und der Bestrebungen um die Selbständigwerdung der Gemeinde. Auch die verschiedenen Ansichten wurden von ihm ausgiebig vorgetragen, so daß der Ausschuss eine klare Uebersicht über den Stand der Sache bekam. Dr. Woffhard empfahl Annahme der Vorlage.

In der Aussprache wiesen ein Zentrumsgesandter und ein sozialdemokratischer Vertreter auf die berechtigten Klagen von Oberhausen hin, das sich durch die Nichterlebensfähigkeit von Waghäusel schwer benachteiligt fühle. Man überlasse ihm die betriebslosen, dürftige ihm die Küstergelände auf, befahre seine Wege durch Straßen, schäbige das Gelände durch den sogenannten Röhrengraben und schütze Oberhausen bei der Aufteilung der Lushardt, großen Waldfläche, vollständig aus.

Hierzu teilte nun sofort die Regierung mit, daß sie eine Aufteilung der Lushardt vorgenommen habe. Es gelte sich zu setzen, so daß erhalten Kirzlach 1535 Hektar, Waghäusel 200 Hektar, Oberhausen 145 Hektar und Rheinhausen 75 Hektar. Dadurch einigermassen dem Verlangen von Oberhausen Rechnung getragen. Redner bemerkte, daß man es nicht veramtorten könne, die Waghäuseler gebotene Arbeitsgelegenheit für Tausende von Menschen aufs Spiel zu setzen. Die Zuckerrübe solle keine äußere Konkurrenz haben, ihren Betrieb zu verlassen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit müsse jede Arbeitsgelegenheit wahrgenommen werden. Auch vom finanziellen Standpunkt kann das Land Baden einen Gewinn nicht erlangen, zumal die Süddeutsche Zuckerrübe L.G. in Mainzheim eine der größten badischen Aktien-Gesellschaften darstellt. Deswegen erklärte sich auch der sozialdemokratische Vertreter trotz der wegen Oberhausen vorgetragenen Bedenken für die Vorlage. Er veranste nicht das kommunalpolitische Übergewicht der Fabrik in der neuen Gemeinde und reißt auch die eventuelle Abhängigkeit der neuen Gemeindeverwalter von der Fabrik.

Von der Zentrumsfaktion sprachen dann ebenfalls noch Anhänger der Vorlage. — Ebenso stellte sich der sozialdemokratische Redner durchaus auf den Standpunkt der Waghäuseler Gemeinde.

Mit guten Argumenten traten auch der Zentrumsinfluencer der einzelnen Gemeinde sowie das höhere Interesse des badischen Staates. Oberhausen solle beibehalten, daß es bei einer etwaigen Vergrößerung der Zuckerrübe am meisten geschädigt ist, denn die größte Anzahl der beschäftigten Arbeiter sei doch von dort. Staat Baden habe auch eine Anzahl Grundstücke an die Zuckerrübe verpachtet und sei mit diesen Verträgen bis zum Jahre 1935 gebunden. Im übrigen komme man Oberhausen auch bei dem Abbau der Zuckerrüben, soweit es möglich ist, entgegen. Man solle annehmen, daß die neue Gemeinde sich günstig entwickeln werde. Bei der alsdann vorgenommenen Abstimmung wurde, wie berichtet, die Vorlage mit 10 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Die Gesetze des Gemeinderats Rheinhausen und der Gemeinde Oberhausen, sowie des Gemeinderats Stettfeld um Zuerstreckung der Aufteilung von Lushardt wurden der Regierung zur Annahme übergeben.

**Zeppelins Südamerikaflug**

Friedrichshafen, 18. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute nachmittags 5.18 Uhr unter der Führung des Kommandanten des Südamerikafluges gestartet. Die erste Strecke dieses Fluges führt durch das Amazonasgebiet nach Sevilla. Nach einer 42stündigen Flugzeit befinden sich 22 Passagiere an Bord. Das Luftschiff nahm Kurs in westliche Richtung. Das Wetter ist im Laufe des Tages etwas verschlechtert. Es herrscht bei bewölktem Himmel gemittelter Wind.

Friedrichshafen, 18. Mai. Um 23.30 Uhr bei der Abfertigung vom Graf Zeppelin eingegangener Funkpruch lautete: Um 23.15 Uhr passieren Leoben, Kurs Süd.

Die Gesamtstrecke, die das Luftschiff auf dieser Fahrt zurücklegen wird, dürfte rund 25.000 Kilometer betragen (Reisezeit 34.000 Kilometer). Sie dürfte etwa 20-23 Tage dauern. Die Reise wird von grundlegender Bedeutung sein, da auf ihr die wirtschaftlichen Verhältnisse für eine spätere Vernetzung der Welt, die Europa und Südamerika praktisch erobert werden sollen. Das „Graf Zeppelin“ ist auch noch dadurch bemerkenswert, daß es mit einem einzigen ein Luftschiff den Equator kreuzen wird. Das Luftschiff wird den Nachweis zu führen haben, daß die Erde ein Kugel ist und die Luftschiffbarkeit durch die tropische Höhe beeinträchtigt wird.

Paris, 19. Mai. (Sunddienst). Um 12.30 Uhr kamte Zeppelin das in das Kommando glücklicherweise zurück und er über das Kommando den Kurs auf Sevilla gerichtet habe.

Madrid, 19. Mai. Soeben befindet sich Zeppelin über dem Ballearen.

**Germersheimer Weinbauern-, Aufstand**

München, 17. Mai. (Eig. Draht). Die letzte Demonstration der Hybrid-Weinbauern in Germersheim war am Sonntagabend Gegenstand einer längeren Ansprache im Bayerischen Landtag, da die Kommunisten die völlige Amnestierung der Straftaten bedachten. Anplausen von Hybridreben hatten. Strafen lind gegen mehrere 100 Bauern ausgesprochen worden. In der Wehrmaß wurden keine Geldstrafen verhängt, sondern jedoch auch einige Haftbefehle ausgesprochen worden.

Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß nach den Informationen die Nachrichten über die Kundgebung in Germersheim außerordentlich übertrieben worden seien. Zu Unrecht sei es nicht notwendig, die Veranstaltung sei vielmehr der kommunistischen Rube verfallen. Das reichsgesetzliche Verbot der Amnestierung der Amnestie-Reben bestche völlig zu Recht und sei absolute Notwendigkeit, wenn der deutsche Qualitätsweinbau nicht in der Lage, den Hybridreben irgendwelches Entgelt zu zahlen. Der kommunistische Antrag wurde demnach einstimmig abgelehnt.

**Sozialdemokratie gegen Sondersteuer**

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, durch den die erhöhte Umsatzsteuer der Konsumgenossenschaften und Warenhäuser rückgängig gemacht werden soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur weiteren Beratung des Haushalts der Reichsmarine einen Antrag eingebracht, wonach die vom Deutschausschuß getrichtenen 2,9 Milliarden Mark für das Panzerschiff „Elisabeth-Lothringen“ wieder in den Etat einbezogen werden sollen.

**Reichsausschuß vor weiterer Diskontierung**

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist für den Montag, den 19. Mai, vormittags 10 Uhr, einberufen worden. Wie der Zentralausschuß hierzu aus Bankkreisen erfährt, handelt es sich um eine Beschlüßfassung über eine Diskontierung, wofür ein Prozentsatz von 1/2 Prozent.

DIE  
GROSSE  
MARKE  
MAKEDON



DIE  
GROSSE  
MARKE  
MAKEDON

MAKEDON CIGARETTENFABRIK G.M.B.H., MAINZ A. RH.

## DER TRIUMPH DER QUALITÄT!

Millionen von Rauchern sind in kurzer Zeit treue Anhänger der hochwertigen MAKEDON-Zigaretten geworden.

Dies ist der volle Beweis dafür, daß der deutsche Raucher Qualität zu schätzen weiß, eine Tatsache, die ihm zur Ehre gereicht.

Versuchen auch Sie unsere Marken

# MAKEDON PERFEKT 5 PF.

Generalvertretung: **Fritz Waibel**, Mannheim, Heinrich Lanzstraße 44, Tel. 40279, Niederlage: J 1, 14, Tel. 40279.





